



Michael Kraske

Antisemitismus

Alte Gefahr mit neuen Gesichtern

OBS-Arbeitspapier 58
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Michael Kraske

Journalistenbüro Mediendienst Ost

August-Bebel-Straße 27

04275 Leipzig

www.medien dienst-ost.de

E-Mail: kraskem@yahoo.com

Twitter: [KraskeM](#)

Projektmanagement & Redaktion:

Robin Koss (OBS)

Lektorat:

Ulrike Stephan

<https://www.lektoren.de/profil/ulrike-stephan>

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Titelbild:

picture alliance / photothek | Florian Gaertner

Redaktionsschluss:

19. April 2023

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Jana L. und Kevin S. sind am 9. Oktober 2019 von einem Attentäter in Halle an der Saale ermordet worden. Ein Mahnmal im Garten der Synagoge erinnert seit 2020 an sie und den rechtsterroristischen Anschlag. Die Schusslöcher des Attentäters auf der alten Tür zeugen davon, dass es ihm nicht gelang, das jüdische Gotteshaus zu betreten. Nur deshalb wurden die Leben der 52 Jüdinnen und Juden, die am Jom Kipur 2019 in der Synagoge waren, vor dem Anschlag bewahrt. Polizeischutz war am höchsten jüdischen Feiertag nicht vor Ort.

Besonders schmerzlich zeigt das Attentat von Halle, dass aus Worten Taten werden können. Der Attentäter vertrat in seinem sogenannten Manifest ein eindeutig antisemitisches Weltbild und berief sich auf die Ideologie des „Großes Austauschs“. Nach dieser bestehe ein Geheimplan, die europäische Bevölkerung durch muslimische Zuwanderung auszutauschen. Eine Ideologie, die immer wieder auch von der AfD oder dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, verbreitet wird.

In den Jahren 2021 und 2022 verzeichnete das Bundesministerium des Inneren eine starke Zunahme antisemitischer Gewalttaten. Die Gewöhnung an antisemitische und rassistische Haltungen und Verschwörungserzählungen, wie sie auch auf Querdenken-Demonstrationen während der Corona-Pandemie zu beobachten war, senkt die Hemmschwelle für rechte Gewalttäter bis hin zum Rechtsterror.

Gleichwohl Antisemitismus für viele jüdische Menschen in Deutschland alltagsprägend ist, wird er noch viel zu häufig als ein Randphänomen verstanden. Als etwas, das sich nur bei den anderen findet. Oder als etwas, das nur in Verbindung mit dem Nationalsozialismus auftritt. Das Unwissen darüber, wie weit verbreitet antisemitische Einstellungen sind und in welchen Formen sich Antisemitismus zeigt, ist Besorgnis erregend.

Die Ignoranz, Unwissenheit und Hilflosigkeit im Umgang mit antisemitischer Gewalt zeigt sich immer wieder auch in den Sicherheitsbehörden, die für den Schutz jüdischen Lebens zuständig sind. Viele Überlebende des Anschlags in Halle haben das Verhalten der Polizei und die fehlende Sensibilität im Umgang mit Betroffenen scharf kritisiert.

Mit dem Attentat von Halle und seinen Nachwirkungen beginnt und endet unser Arbeitspapier von Michael Kraske. Versiert und zugänglich setzt sich der Autor mit den unterschiedlichen Gesichtern und Wirkweisen des Antisemitismus in unserer Gesellschaft auseinander. Er hat zahlreiche Gespräche mit Expert:innen geführt und Studien ausgewertet. Sein Ergebnis ist ein aufschlussreiches und erschütterndes Lagebild, das auch über verkürzte Verständnisse von Antisemitismus aufklärt. Antisemitismus tritt in

Form der Diskriminierung und Abwertung auf, als Relativierung und Leugnung der Shoa, er zeigt sich in der Dämonisierung des Staates Israels, aber auch als komplexe Weltanschauung. Er existiert in den Köpfen und auf den Straßen, in Behörden, Schulen und Familien. Schlägt in physische Gewalt um, fordert Opfer, vergiftet das Zusammenleben und die politische Kultur. Doch obwohl er eine allgegenwärtige Gefahr für das Leben jüdischer Menschen und unsere Demokratie ist, wird er häufig verharmlost und nicht konsequent genug bekämpft. Trauriges Beispiel hierfür war nicht zuletzt der Skandal um die Documenta 15. Passend sprach das Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung in seinem Abschlussbericht von einem Prinzip der „organisierten Verantwortungslosigkeit“.

Zu den Problemen im Umgang mit Antisemitismus gehört, dass die Perspektiven und Erfahrungen jüdischer Menschen überhört werden. Dies zeigte sich teilweise auch in der medialen Berichterstattung nach dem Attentat von Halle. So war zuweilen eine überhörende Fixierung auf die rettende „deutsche Eichentür“ zu beobachten. Eine Fixierung, die wenig Raum lässt für die Ängste und Forderungen der Betroffenen.

Es ist eine der Stärken des Arbeitspapiers von Michael Kraske, dass er jüdische Perspektiven auf den Antisemitismus immer wieder in das Zentrum seiner Analysen rückt. Indem er seine Leser:innen mit in die Gespräche nimmt, die er mit jüdischen und nicht-jüdischen Antisemitismusexpert:innen geführt hat, arbeitet er eindrucksvoll heraus, dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Es ist an uns allen, ihn in allen gesellschaftlichen Bereichen konsequent zu erkennen, zu ächten und zurückzudrängen.

Die von der Bundesregierung im Jahr 2022 verabschiedete Strategie für den Kampf gegen den Antisemitismus ist hierfür ein wichtiger Schritt. Doch darf es nicht bei der Formulierung einer Strategie bleiben. Denn, Michael Kraske unterstreicht auch: Die notwendigen Wege im Kampf gegen den Antisemitismus zeigen Expert:innen bereits seit vielen Jahren auf. An strukturellen und nachhaltigen Reformen fehlt es zu großen Teilen jedoch noch immer. Die Antwort auf antisemitische Gewalt ist gelebte Solidarität. Diese bedarf des Zuhörens von jüdischen Perspektiven und einen Willen zu konkreten Veränderungen. Offiziellen Willensverlautbarungen müssen endlich Handlungen folgen.

Gemeinsam mit dem Autor hoffen wir, dass wir die notwendigen Debatten mit der fundierten Analyse bereichern und einen soliden Beitrag über die Gegenwart des Antisemitismus liefern können.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im April 2023

Inhalt

1	Der Abschied	4
2	Was ist Antisemitismus und wie wird er hier analysiert?	7
3	Jüdische Perspektiven und Erfahrungen	10
4	Straftaten auf Rekordniveau – antisemitischer Alltag in Deutschland.....	15
5	Antisemitismus in den Köpfen	20
6	Tatort Schule	26
7	Moderner Antisemitismus in Deutschland	30
8	Postkolonialismus und Antisemitismus.....	38
9	Documenta und die Folgen	43
10	Gegen jeden Antisemitismus – mit aller Konsequenz!.....	48
11	Epilog: Von offenen und geschlossenen Türen	56
	Literaturverzeichnis.....	58
	Hinweis zum Autor.....	63

1 Der Abschied

Für Christina Feist gibt es ein Leben vor und eines nach dem 9. Oktober 2019. An diesem Tag verübte ein rechtsextremer Attentäter in Halle an der Saale jenen mörderischen Terroranschlag, den er live im Internet streamte. Nachdem er daran scheiterte, wie geplant einen Massenmord in der Synagoge zu verüben, wo Jüdinnen und Juden Jom Kippur feierten, ermordete der Rechtsterrorist zwei Menschen und verletzte weitere schwer. Seine Motive: Antisemitismus, Rassismus, Frauen- und Behindertenfeindlichkeit. Die Studentin Christina Feist war aus Berlin angereist und hat den rechten Terroranschlag in der Synagoge überlebt. Sie sagt: „Danach hat sich mein gesamtes Leben komplett verändert. Und das ist irreversibel.“ Deutschland ist inzwischen längst zu einer unruhigen Tagesordnung im Krisenmodus übergegangen. Auf den 9. Oktober 2019 folgte am 19. Februar 2020 der rechtsterroristische Anschlag in Hanau.

Und es folgte Corona. Die Attentate von Halle und Hanau wurden schnell von neuen Schlagzeilen verdrängt. Für Christina Feist ist es nicht vorbei. „Dieser Einschnitt bleibt für immer“, sagt sie. „Das hört nie auf.“

In den Tagen und Wochen nach der Tat reichte es, wenn eine Haustür oder eine Autotür zufiel, um eine Panikattacke auszulösen. Heute reagiert sie nicht mehr ganz so sensibel. „Aber was mich

weiter durch den Alltag begleitet, ist eine permanente Angst vor Panikattacken. Die Angst vor der Angst ist besonders tückisch.“ Ihre Panikattacken sind seltener geworden, kommen aber noch regelmäßig. Die vorerst letzte hatte sie vor wenigen Monaten in einer Synagoge. Plötzlich ging aufgrund eines technischen Fehlers der Feueralarm los. Das Sicherheitspersonal forderte die Gläubigen auf, das Gebäude zu verlassen. „Dann mussten wir eine Treppe runtergehen“, erinnert sich Feist. „Genau wie in der Hallenser Synagoge eine Wendeltreppe.“ Ihre Panikattacken hätten sich verändert, so die Studentin. Mittlerweile habe sie sogenannte Flashbacks: „Ich weiß dann zwar, wo ich bin, aber ich sehe wieder die Synagoge in Halle.“ Seit dem Terroranschlag lebt sie mit einer posttraumatischen Belastungsstörung. Bis heute versucht sie vergeblich, ihre Therapiekosten beim Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales geltend zu machen.

Im März 2019 war Christina Feist für ein Jahr von Berlin nach Paris gezogen, um dort im Rahmen ihrer Promotion zu recherchieren. Die Rückkehr war fest eingeplant, denn in Berlin leben nicht nur ihre Familie, sondern auch Freund:innen und Vertraute. „In den Monaten nach dem Attentat ist mir klar geworden, dass eine Rückkehr nach Deutschland für mich vollkommen ausgeschlossen ist.“ Zwar habe sie schon kurz nach dem Attentat wieder Vertraute in Berlin besucht. Aber:

„Sobald ich angekommen bin, geht es mir nicht gut. Dann bin ich in einem Zustand der konstanten Alarmbereitschaft.“ Beim Anblick von Polizeibeamt:innen mache sie auf dem Absatz kehrt und laufe in die andere Richtung. Das hat mit ihren Erfahrungen nach dem Anschlag zu tun. Im Prozess gegen den Attentäter hat Feist geschildert, wie unsensibel sie die Beamten unmittelbar nach der Tat erlebt hat. Auf die Frage nach ihrem Personalausweis habe sie geantwortet: „Nein, es ist Jom Kippur und ich darf ihn nicht tragen.“ Darauf habe ein Beamter abfällig und mit Unverständnis reagiert. Die Studentin deutet das Verhalten der Polizist:innen unmittelbar nach der Tat so, „dass das Judentum nicht als essenzieller und normaler Bestandteil der Gesellschaft gesehen wird“. Sie spricht von einer „fahrlässigen Behandlung“. Durch die Polizei sei „das zweite Trauma vom Tag des Attentats“ erfolgt.

In Berlin fühlte sie sich auch vor dem Anschlag nicht wirklich zugehörig. Für ihre jüdischen Freund:innen war Antisemitismus stets präsent. Christina Feist erzählt die Geschichte eines Freundes, der für sie wie ein kleiner Bruder ist. Er lebt am Prenzlauer Berg, wo es eine Synagoge und einen koscheren Supermarkt gibt. Einmal hatte er vergessen, auf dem Weg zur Synagoge seine Kippa zu bedecken. Dies tut er normalerweise, um nicht als Jude erkennbar zu sein. Er dachte: „Okay, nur einmal und es sind ja auch nur ein paar Meter.“ Da hielt ein Auto, der Fahrer habe den Hitlergruß gezeigt und „Sieg Heil“ gerufen, bevor er wegfuhr. Niemand habe reagiert, auch die Polizei vor der Synagoge nicht. Damals habe sie zu dem Freund gesagt:

„Wir müssen das anzeigen!“ Bringt nichts, habe er geantwortet. So was passiere doch ständig. Die Hoffnungslosigkeit und Resignation des jungen Mannes traf sie damals hart. Christina Feist kritisiert, in der deutschen Gesellschaft sei die Haltung weit verbreitet: „Ich greife nicht ein, denn das betrifft mich nicht.“ Sie stellt sich immer wieder die Frage: „Möchtest du in einer Gesellschaft leben, in der Rassismus und Antisemitismus okay sind?“

Im Prozess gegen den Attentäter war Christina Feist Woche für Woche als Nebenklägerin im Gerichtssaal. Sie erlebte, wie der Täter versuchte, vor Gericht „seine Ideologie breitzutreten“. Wunderte sich darüber, wie wenig die ermittelnden Beamten über Radikalisierungsprozesse im Internet wussten. Wie andere Betroffene auch hätte sie sich gewünscht, dass das familiäre Umfeld des Täters gründlicher ausgeleuchtet wird. Bei ihrem Schlusswort versuchte der Täter, sie zu stören. Während des Prozesses erhielt die Studentin immer wieder antisemitische und frauenfeindliche Hassnachrichten. Auch das hat etwas mit ihr gemacht.

Was müsste denn passieren, damit sie wieder nach Deutschland zurückkehren kann? Darüber hat sie viel nachgedacht. Aber bei ihren regelmäßigen Besuchen in Deutschland fühlt sie sich nie sicher. Steigt sie in eine U-Bahn, überlegt sie, von wem Gefahr ausgehen könnte. Würde sich jemand mit ihr solidarisieren oder wäre sie bei einem Übergriff auf sich allein gestellt? „Ich bin mir unsicher, ob sich das wirklich irgendwann ändern wird“, sagt sie.

Nach dem Terroranschlag von Halle wurden die Sicherheitsvorkehrungen jüdischer Einrichtungen in Deutschland massiv verschärft. Christina Feist reicht das nicht. Als Überlebende des Anschlags fühlt sie sich von der Politik „komplett allein gelassen“. Von staatlicher Seite habe es, abgesehen von einem „müden Brief der Polizei“, keine professionelle Unterstützung gegeben. Die bekam sie nur von NGOs wie der mobilen Opferberatung in Halle. Sie empfindet die staatlichen Reaktionen als „ein enorm lautes Schweigen“. Ankündigungen politisch Verantwortlicher, konsequent gegen Antisemitismus vorgehen zu wollen, hält sie bislang für Lippen-

bekennnisse: „Nach wie vor kann ich nicht erkennen, dass man sich der Realität eines tief verwurzelten Antisemitismus stellt.“ Noch immer gebe es keine flächendeckenden Bildungsangebote an Schulen und in Polizeibehörden. Stattdessen sei in der deutschen Gesellschaft ein großes Nicht-Hinschauen und Nicht-Hörenwollen weit verbreitet. „Als Betroffene und Überlebende möchte ich gehört werden. Als Mensch, der seither mit einem Trauma leben muss“, sagt Christina Feist. „Ich möchte auch in meinem Schmerz gehört werden. Ich möchte, dass die Menschen ganz genau wissen, was das für mich bedeutet.“

2 Was ist Antisemitismus und wie wird er hier analysiert?

Antisemitismus bezeichnet alle Formen der Judenfeindschaft. Der Begriff wurde erst im Jahr 1879 von dem Journalisten und Judenfeind Wilhelm Marr geprägt, obwohl die Feindschaft gegen Juden und Jüdinnen eine mindestens viele Jahrhunderte lange Tradition hat. Im ausgehenden 19. Jahrhundert drückte sich nun auch sprachlich aus, dass Juden nicht mehr primär aufgrund ihrer Religion abgelehnt, sondern als Volk und Rasse stigmatisiert wurden. Der Begriff Antisemitismus verweist auf einen konstruierten Gegensatz zwischen den Semiten auf der einen und den Indogermanen oder Ariern auf der anderen Seite und sollte der zunehmend ideologischen Judenfeindschaft einen wissenschaftlichen Anstrich geben (Rensmann 2021).

Bisweilen erscheint Antisemitismus im öffentlichen Diskurs lediglich als eine Spielart des Rassismus, doch gibt es bei allen Schnittmengen auch gravierende Unterschiede. Denn Antisemitismus ist eben nicht nur Judenfeindlichkeit, sondern auch eine komplexe Welterklärung, in der Jüdinnen und Juden übergroße und schädliche Macht zugeschrieben wird. So betont auch die Antisemitismus-Forscherin Julia Bernstein wichtige Unterschiede zwischen beiden Konzepten. Zwar gebe es auch im Rassismus gruppenbezogene Zuschreibungen von Eigenschaften, die vermeintlich zu stark ausgeprägt seien. Doch seien diese Attribute durchweg negativ besetzt

wie ein Übermaß an Aggressivität und Sexualität. In antisemitischen Judenbildern werden hingegen auch positive Zuschreibungen verwendet, mit denen die vermeintliche Sonderstellung von Jüdinnen und Juden begründet wird: Macht, Reichtum, Intelligenz (Bernstein 2020: 286 f.). Klassische antisemitische Verschwörungserzählungen wie jene einer reichen Elite und hinterlistiger Strippenzieher:innen basieren auf solchen kollektiven Stereotypen.

Die *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) hat im Jahr 2016 eine wegweisende Arbeitsdefinition entwickelt, die auch von der Bundesregierung übernommen wurde:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“ (IHRA 2016).

Die Bundesregierung hat zudem folgende Erweiterung verabschiedet:

„Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstan-

den wird, Ziel solcher Angriffe sein“ (zitiert nach Beauftragter der Bundesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus o.J.).

In Deutschland wird diese Arbeitsdefinition bereits von vielen Institutionen verwendet, so auch vom Beauftragten der Bundesregierung gegen Antisemitismus. Auch die beiden *Unabhängige Expertenkreise Antisemitismus* des Bundes (UEA) beziehen sich in ihren Berichten ausdrücklich auf diese Definition und weisen dem IHRA-Dokument die wichtige Rolle eines praktischen Leitfadens zu. Im Bericht des zweiten Expertenkreises thematisieren die Autor:innen das Konfliktfeld, dass Äußerungen über Israel entweder als legitime Kritik an israelischer Politik oder als israelbezogener Antisemitismus verstanden werden können (BMI 2017: 23 f.). Entsprechend umstritten ist die auf Israel bezogene Ergänzung der Arbeitsdefinition. Ein gutes Instrument zur Unterscheidung liefert der sogenannte 3-D-Test des ehemaligen israelischen Ministers Natan Sharansky (BMI 2017: 27). Demnach liegt israelbezogener Antisemitismus dann vor, wenn:

1. eine Dämonisierung des Staates Israel erfolgt und/oder
2. Doppelstandards angelegt werden und/oder
3. eine Delegitimierung des Staates Israel erfolgt.

So kontrovers im Einzelfall über Israel diskutiert werden kann, so wenig lässt sich bestreiten, dass der Staat Israel als Projektionsfläche für antisemitische Ressentiments dient. Dazu Antise-

mitismus-Forscher Lars Rensmann: „Aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung ist die Analyse und Bewertung von Phänomenen eines israelbezogenen Antisemitismus indes seit langem nicht mehr umstritten und stellt im Allgemeinen auch keine Grauzone dar“ (Rensmann 2021). Dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, begegnet diese Form der Judenfeindschaft immer wieder: „Israel wird als Synonym für ‚Jude‘ genommen. Frei nach dem Motto: Israel wird man schon einmal sagen dürfen, Jude lasse ich lieber weg.“ Auffällig sei, dass es einen vergleichbaren Begriff wie „Israelkritik“ für kein anderes Land auf der Welt gebe: „Nordkoreakritik finden Sie nicht.“ Schuster kritisiert eine Täter-Opfer-Umkehr, wenn etwa behauptet werde: „Was Israel heute macht, ist doch nichts anderes als das, was die Nazis gemacht haben.“

Der zweite UEA betont, dass neben dem klassischen unbedingt auch die modernen Formen des Antisemitismus thematisiert werden müssen. Neben dem israelbezogenen Antisemitismus ist das vor allem sekundärer Antisemitismus (BMI 2017: 26 f.). Dazu zählt jede Art von Holocaust-Relativierung und -Leugnung sowie die Unterstellung, der massenhafte Mord an den Juden würde instrumentalisiert. Antisemitismus ist also kein homogenes Phänomen. Er kann als Form der Diskriminierung und Abwertung auftreten, als vermeintliches Kompliment vom „schlauem Juden“ und der „schönen Jüdin“, aber auch als komplexe Weltanschauung. Mitunter zeigen sich uralte Mythen einer strippenziehenden Elite im

modernisierten, an jeweilige Krisen angepassten Gewand.

Marina Chernivsky, Mitglied des zweiten UEA und Geschäftsführerin von OFEK, einer Beratungsstelle für Betroffene antisemitischer Gewalt, warnt davor, Antisemitismus als abstraktes Phänomen misszuverstehen. Vielmehr schaffe dieser eine „Gewalt-Praxis“: „Er verbleibt nicht auf der Ebene von Gedanken und Gesprächen, sondern antisemitische Einstellungen und Narrative schlagen in Gewalt um.“ Antisemitismus hat drastische und spürbare Folgen. Ganz unmittelbar für die Betroffenen, aber eben auch für die demokratische Gesellschaft. Er war nach dem Holocaust nie weg und wird aktuell wieder lauter, aggressiver und selbstbewusster. Bis heute wird Antisemitismus zu häufig ignoriert, verharmlost und nicht konsequent

genug bekämpft. Dieses Arbeitspapier zeigt, wie Antisemitismus heutzutage auftritt, wie alltäglich er ist und wie zerstörerisch er wirkt. Und es geht der Frage nach, wie gesellschaftlich und politisch mit Antisemitismus umgegangen wird, was Staat und Zivilgesellschaft dagegen tun müssen. Dafür hat der Autor nicht nur zahlreiche Quellen, Studien und Dokumente zu aktuellen Entwicklungen und Debatten ausgewertet, sondern exklusive Interviews mit ausgewiesenen Expert:innen geführt. Aus Gesprächen mit Betroffenen wird deutlich, dass deren Erfahrungen und Sichtweisen im sich verschärfenden politischen Diskurs allzu oft übersehen und überhört werden. Das führt dazu, dass die Mehrheitsgesellschaft Ausmaß, Spürbarkeit und strukturelle Verankerung von Antisemitismus im Alltag ebenso massiv unterschätzt wie die Dringlichkeit zu handeln.

3 Jüdische Perspektiven und Erfahrungen

Baulärm dringt in das Büro von Nora Goldenbogen in der Synagoge am Hasenberg in Dresden. Wie in vielen jüdischen Einrichtungen werden auch hier die Sicherheitsvorkehrungen nach dem Terroranschlag von Halle weiterverschärft. Lange war Nora Goldenbogen hier Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, nunmehr ist sie als Vorsitzende des Landesverbands für die drei sächsischen Gemeinden in Dresden, Leipzig und Chemnitz zuständig. Sie hat sich bereit erklärt, von ihren langjährigen Erfahrungen mit Antisemitismus zu berichten – und von den Besonderheiten für jüdisches Leben in Dresden. Jahrelang hat man in der Stadt das offizielle Gedenken an die verheerenden alliierten Bombenangriffe vom Februar 1945 weitgehend entkontextualisiert begangen. Das Leid der deutschen Bombenopfer und die Zerstörung der Stadt standen für sich und wurden nicht als Folge des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges eingeordnet und erklärt, der zum Zeitpunkt der Bombardierung ebenso weitergeführt wurde wie die Judenvernichtung. Verdrängt wurde in der Dresdner Gedenkkultur, dass neben den vielen Tausend Toten in der Stadt auch mehr als 100 Jüdinnen und Juden vor der Deportation in die NS-Vernichtungslager bewahrt worden sind. Nora Goldenbogen kennt Familien, die nur überlebt haben, weil die Gestapo aufgrund der zerstörten Infrastruktur ihr mörderisches Werk nicht vollenden konnte. Die Geschichten der geretteten Juden sind jedoch

weitgehend unbekannt geblieben. Auch weil das Gedenken an die Bombenangriffe in Dresden von dem gekennzeichnet ist, was die Leipziger Historikerin Francesca Weil als „Opfermythos“ bezeichnet (Kraske 2021a).

Nora Goldenbogen erinnert sich daran, wie sie sich mit einigen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde vor Jahren den jährlichen Aufmärschen der Neonazis im Februar zu den Jahrestagen der Bombardierungen entgegenstellten. Unterstützt wurden sie seinerzeit nur von der Antifa. Der Kampfbegriff „Bomben-Holocaust“, mit dem Rechtsextremist:innen seither die Shoah relativieren, halte sich bis heute hartnäckig und sei durchaus auch im Dresdner Bürgertum anschlussfähig. Dieser Begriff setzt die Bombenangriffe auf Dresden sprachlich mit dem Menschheitsverbrechen des Holocaust gleich und relativiert diesen damit, was die extreme Rechte offenkundig auch beabsichtigt. „Lange durften die Neonazi-Aufmärsche hier an der Synagoge vorbeilaufen“, erinnert sich Goldenbogen. Immer wieder hat sie bei der Stadt vergeblich dagegen protestiert. Es dauerte lange, bis in der Politik endlich die Sensibilität wuchs, das zu verbieten. „Antisemitismus ist ein Thema, das uns immer beschäftigt hat“, sagt Nora Goldenbogen. Die bedrohlichen Aufmärsche der Neonazis in den 1990er Jahren vor Augen, fügt sie erstaunlicherweise hinzu: „Er ist in den letzten zehn bis 15 Jahren noch spürbarer geworden.“

Das Spektrum antisemitischer Alltagserfahrungen reicht von unbedachten Äußerungen von Besucher:innen, die bei der Besichtigung der Synagoge fragen, ob denn nicht genug jüdisches Geld für den Bau da gewesen sei, bis zur Auseinandersetzung mit dem Staat Israel. Immer wieder bekommt sie Sprüche wie diesen zu hören: „Die sind ja auch nicht besser als die Nazis.“ Israelbezogener Antisemitismus pur. „Bis heute werde ich für die Politik von Israel verantwortlich gemacht“, sagt Goldenbogen. „Auch wenn ich in Deutschland geboren bin, bekomme ich zu hören: Was macht denn deine Regierung da?“ Auf dem Höhepunkt der Pegida-Bewegung fand in der Synagoge nach einem Gottesdienst eine Diskussions-Veranstaltung statt. Da sagte ein verblüffter Pegida-Anhänger zu ihr: „Sie sprechen ja Sächsisch.“ Sie antwortete: „Na, ich bin hier geboren. Da hat er mich angeguckt wie das erste Auto.“ Aus solchen Begegnungen und Zuschreibungen hat Nora Goldenbogen abgeleitet, was sie für eine weit verbreitete Haltung in der Bevölkerung hält: „Eigentlich gehört ihr Juden nicht hierher.“

Aus den drei sächsischen Gemeinden erreichen sie immer wieder Berichte über Antisemitismus. Sogar im vermeintlich so toleranten Leipzig registrierte man in den vergangenen Jahren, wie normal Antisemitismus in Schulen geworden ist: „Sehr viele Lehrer sind nicht in der Lage, mit ihren Schülern darüber zu sprechen, geschweige denn das Klima zu verändern.“ Was Goldenbogen auch oft hört: Immer wieder endet ein privater Streit in der Nachbarschaft oder bei der Arbeit damit, dass jemand verallgemeinert:

„Typisch Jude!“ Viele Jüdinnen und Juden machen also auch in Sachsen die Erfahrung, als nicht zugehörig stigmatisiert zu werden. Das hat Folgen für das jüdische Leben, von dem es in politischen Sonntagsreden gern heißt, es gehöre selbstverständlich zu diesem Land. „Ein großer Teil lebt sein Judentum ziemlich zurückgezogen“, berichtet Goldenbogen. Die Kippa trage man in der Synagoge oder an Feiertagen, auf der Straße trauen sich das nur wenige. Goldenbogen: „Man muss Kraft aufwenden, um zu dem zu stehen, was man ist. Man kann und sollte sich nicht verstecken.“ Aber das Thema Sicherheit werde immer mitgedacht, nach dem Terroranschlag von Halle noch mehr.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre bereitet Nora Goldenbogen große Sorgen. Krisenzeiten sind immer Zeiten der Verunsicherung. Bei einem Teil der Bevölkerung reiche aber schon die Ankündigung, dass das eigene Leben schwieriger werde, um mit Schuldzuweisungen gegenüber anderen und Antisemitismus zu reagieren. Dass dieser Mechanismus in Krisen ganz besonders stark ist, hält die ehemalige Lehrerin für eine historische Tatsache. Aber wie unverhohlen sich Querdenken-Demonstrant:innen durch sogenannte Judensterne, auf denen „Ungeimpft“ stand, mit den NS-Opfern der Shoah gleichzusetzen versuchten – „das hat mich in der Pandemie dann doch verblüfft. Das konnte ich bisher nur aus Dresden“.

Warum fällt es der deutschen Gesellschaft so schwer, in solchen Anmaßungen eine Relativierung des Holocaust zu erkennen? Nora Golden-

bogen, die viele Jahre als Lehrerin und später beim Verein Hatikwa in der Erwachsenenbildung gearbeitet hat, liefert dafür eine Erklärung: „Deutschland ist das Land der Shoah. Das war Staatsdoktrin. Wir haben uns in Deutschland nie in der Tiefe mit dem antisemitischen Erbe auseinandergesetzt. In beiden deutschen Staaten ist das Thema nicht wirklich angefasst worden.“

Viele Gemeindemitglieder in Dresden, Leipzig und Chemnitz sind aus Osteuropa nach Deutschland gekommen. In ihrer alten Heimat haben viele von ihnen Diskriminierung erfahren. „Sie haben versucht, ihr Jüdischsein zu verbergen“, sagt Goldenbogen. Mit Deutschland verbanden sie die Hoffnung auf ein freieres Leben. Doch angesichts der gesellschaftlichen Radikalisierung der vergangenen Jahre überlegten mittlerweile viele, „ob es die richtige Entscheidung war, nach Deutschland zu gehen“. Diese Menschen leben inzwischen noch vorsichtiger als sie es ohnehin gewohnt waren. Und Nora Goldenbogen selbst? Antisemitismus hat sie ihr Leben lang begleitet. Manche Ablehnung, die sie erfahren hat, habe sie sich als junge Frau nicht vorstellen können. Sie selbst hat sich dafür entschieden, ihre jüdische Identität offen zu leben und selbstbewusst nach außen zu vertreten, aber sie weiß aus ungezählten Gesprächen, dass viele jüdische Familien in permanenter Unsicherheit leben: „Natürlich gibt es die Haltung: Wir sitzen auf gepackten Koffern.“

Josef Schuster ist Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, der 105 jüdische Gemeinden und mehr als 100.000 Mitglieder

vertritt. Er berichtet, dass vor allem Repräsentant:innen der Gemeinden regelmäßig antisemitische Mails und Briefe erhalten. Viele Hassbotschaften erfolgen anonym, andere mit vollem Namen. Die Absender:innen beziehen sich häufig auf aktuelle Anlässe wie die im August 2022 beschlossene Entschädigung für die Opfer des Münchner Olympia-Attentats, um etwa uralte Ressentiments über Juden und Geld zu äußern. Schuster bemüht sich um eine differenzierte Sichtweise, vermeidet jeden Anschein, die Lage zu dramatisieren. Gleichwohl stellt er fest: „Man muss ganz klar sagen, dass Antisemitismus in ganz alltäglichen Gesprächen mitten in der Gesellschaft zu finden ist.“ Die AfD spiele bei der Normalisierung des Antisemitismus eine wichtige Rolle. Etwa, indem die NS-Verbrechen als „Vogelschiss“ (Gauland) in der Geschichte verharmlost werden: „Natürlich tragen solche Aussagen dazu bei, Hemmschwellen zu senken. Die AfD trägt nach meiner Auffassung dazu bei, dass die Relativierung der Shoah hoffähig wird und mitten in die Gesellschaft rückt. Man sagt heute Sachen, die man früher vielleicht gedacht, aber lange nicht auszusprechen gewagt hat.“

Schuster erinnert daran, wie seine Aussage aus dem Jahr 2015, wonach er nicht dazu raten würde, in bestimmten Berliner Stadtteilen offen die Kippa oder den Davidstern zu tragen, seinerzeit für Entrüstung sorgte: „Das wurde damals als neue Erkenntnis aufgefasst, was es aber nicht war. Für die jüdische Gemeinschaft ist es ein Fakt, den es leider seit vielen Jahren gibt.“ Aktuell ist Schuster besorgt über die Zunahme antisemitischer Straftaten und fürchtet in diesen Krisen-

zeiten altbekannte Muster: „Wenn es Ereignisse gibt, die man nur schwer begreifen kann, und dazu gehört auch Corona, dann ist es nicht anders als bei der Pest im Mittelalter. Dann werden Minderheiten als Schuldige gesucht. Dann sind die Juden wieder an allem schuld.“

Der Vorsitzende des Zentralrats ist zwar davon überzeugt, dass die Terroranschläge in Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke etwas in diesem Land verändert haben und die Politik das Thema Rechtsextremismus nun endlich ernster nimmt. Was jedoch den Umgang mit Antisemitismus angeht, zeigt sich Schuster angesichts des Documenta-Skandals um offen antisemitische Darstellungen erschüttert: „Eine solche Documenta ohne wirkliche Konsequenzen hätte ich mir vor fünf Jahren nicht vorstellen können.“ In der Gesellschaft gebe es ein großes Missverständnis. Antisemitismus sei nämlich nicht primär ein Problem der Juden: „Antisemitismus ist ein Problem für die Demokratie. Und das wird nicht erkannt.“ Schuster wirbt für ein besseres Verständnis: „In der breiten Bevölkerung werden jüdische Perspektiven kaum verstanden, wonach die Familienerfahrung bei den meisten jüdischen Menschen in Deutschland mit Antisemitismus – bezogen auf die letzten hundert Jahre – eine ganz einschneidende ist: Was aus Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit folgen kann – nämlich die Vernichtung.“

Im Kampf gegen Antisemitismus fordert Schuster ein konsequentes Vorgehen des Rechtsstaates: „Es bleibt kein anderer Weg, als dass die Justiz sehr ernst und sehr klar auch bei strafbaren

Propagandadelikten durchgreift.“ Darüber hinaus regt er an, das Thema Antisemitismus in den Lehrplänen für Schulen fest zu verankern und Schulungen bei Sicherheitsbehörden auszubauen. Ausdrücklich begrüßt er, dass mittlerweile in einigen Bundesländern wie Bayern und Nordrhein-Westfalen Antisemitismusbeauftragte bei den Generalstaatsanwaltschaften eingesetzt wurden. Neben politischen Maßnahmen appelliert Schuster an die Verantwortung jedes einzelnen im Alltag: „Es geht um Zivilcourage. Eigentlich ist es ja gar nicht so schwer. Man muss im Kleinen anfangen, im Freundeskreis, am Stammtisch, wenn jemand einen antisemitischen Spruch von sich gibt. Dann der Person den Spiegel vorzuhalten – das hätte den größten Effekt.“

Marina Chernivsky gilt als ausgewiesene Expertin des modernen Antisemitismus. Das von ihr gegründete *Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment* der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST e.V.) organisiert Fortbildungen zum Thema für Organisationen und Behörden. „Antisemitismus wirkt als gesellschaftlich abrufbares Wissen“, sagt sie. „Er wird von Generation zu Generation weitergegeben.“ Zum Verständnis hält sie die Erkenntnis für wichtig, dass diese Gesellschaft Antisemitismus mitproduziert und teilweise billigt. Zwar erlebten nicht alle Jüdinnen und Juden in gleicher Weise Antisemitismus. Im Gegenteil seien sowohl die Erfahrungen als auch die Strategien des Umgangs individuell verschieden. Schon gar nicht sähen sich Juden gern als Opfer. Gleichwohl sei es wichtig anzuerkennen,

dass dieses abrufbare antisemitische Wissen sowohl zwischenmenschliche Verhältnisse als auch administrative Vorgänge prägen und beeinflussen: „So gesehen kann es auch keine Lebensbereiche geben, in denen Antisemitismus nicht vorkommt.“ Die Voraussetzung, überhaupt gegen Antisemitismus vorgehen zu können, sei zu verstehen und wahrzunehmen, dass und wie er existiert: „[...] dass wir alle zur Normalisierung beitragen, aber auch Teil der Lösung sein können, indem wir uns gegen diese Praxis wehren.“ Etwa indem ein antisemitischer Vorfall in einer Schule oder Behörde nicht ignoriert oder bagatellisiert wird, sondern Beistand für Betroffene und Konsequenzen für Täter:innen zur Folge hat.

Die Expertin klärt über populäre Irrtümer auf: „Es ist ein Problem, dass Antisemitismus als etwas Historisches, Abgeschlossenes betrachtet wird.“ Als ein Phänomen also, das in erster Linie mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen ist und mit dessen Ende als weitgehend überwunden angesehen werden könne. Damit einher geht in vielen Institutionen die Haltung, „dass antisemitische Einstellungen immer woanders existieren, aber nie im eigenen Umfeld, also mitten in der Gesellschaft“. Im Hinblick auf den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Antisemitismus kritisiert Chernivsky einen häufigen, wenn auch gut gemeinten Trugschluss. Wonach es nämlich vor allem an Wissen um das

Judentum fehle: „Antisemitismus hat erstmal nichts mit Juden zu tun, sondern ist eine Projektion auf die Juden. Das Wissen über die eigene Rolle in der Gesellschaft sowie über Antisemitismus spielt eine wichtigere Rolle als das Wissen über Juden.“ Das Wissen um jüdisches Leben sei durchaus wichtig für das gesellschaftliche Zusammenleben, aber eben „kein ultimatives Mittel gegen Antisemitismus“.

In den vergangenen Jahren ist gesellschaftlich die Erkenntnis gewachsen, bei Themen, die Rassismus, Sexismus und Antisemitismus betreffen, stärker Betroffene zu Wort kommen zu lassen. Mit Zeitschriften-Projekten wie *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart*, Kolumnen und Büchern jüdischer Autor:innen oder auch Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks sind jüdische Stimmen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auch über Gemeindestrukturen hinaus sichtbarer und hörbarer geworden (Peaceman 2021). Doch gesamtgesellschaftlich werden die Erfahrungen und Perspektiven von Jüdinnen und Juden noch immer zu selten wahrgenommen. Insbesondere, wenn es um Antisemitismus geht. „Es ist geradezu makaber, dass die Debatte darüber, was antisemitisch ist und was nicht, fast ausschließlich von Nicht-Juden geführt wird“, sagt Chernivsky. „Das ist so, als würden Männer exklusiv darüber entscheiden können, was Sexismus ist.“

4 Straftaten auf Rekordniveau – antisemitischer Alltag in Deutschland

Im Jahr 2021 gab es einen dramatischen Anstieg antisemitischer Straftaten um 29 Prozent. Mit 3.027 dokumentierten Taten stellte der Bericht über politisch motivierte Kriminalität damit ein Rekordniveau an jüdenfeindlichen Delikten fest (BMI 2022a). Die meisten dieser Taten waren mit 61 Prozent Volksverhetzungen, die um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 2020 zunahmen. Der massive Anstieg bereite ihr „größte Sorgen“, so Bundesinnenministerin Nancy Faeser in einer Pressemitteilung anlässlich der Veröffentlichung des Berichts: „Es ist beschämend, wie der Völkermord an den europäischen Juden von manchen Corona-Leugnern, die sich einen gelben Stern anheften, verharmlost wurde. Immer wieder werden Juden als Schuldige gesucht.“ Zugleich gebe es „einen immer lauterem und immer stärker sichtbaren islamistisch geprägten Antisemitismus, der Hass gegen Juden und gegen den Staat Israel offen propagiert“ (BMI 2022b).

Die gesellschaftliche Radikalisierung im Zuge der Corona-Pandemie schafft ein Klima, in dem aus radikalen Worten zunehmend hasserfüllte Taten werden. Mit einem Anstieg um 23 Prozent auf über 55.000 Straftaten (BMI 2022a) hat die politische Kriminalität im Jahr 2021 insgesamt den höchsten Stand seit Beginn der behördlichen Erfassung im Jahr 2001 erreicht. Die meisten politischen Straftaten wurden erneut von rech-

ten Täter:innen begangen. Das Bundesinnenministerium sieht daher weiterhin die größte Bedrohung der Demokratie im Rechtsextremismus. Das gilt auch für den Antisemitismus. 84 Prozent der über 3.000 antisemitischen Straftaten wurden im Jahr 2021 der sicherheitsbehördlichen Kategorie der „Politisch motivierten Kriminalität rechts“ (PMK-r) zugeordnet (BMI 2022a: 10). Aber auch durch die zunehmende Eskalation des Nahost-Konflikts im Mai 2021 ist es zu einem besonderen Anstieg antisemitischer Straftaten gekommen. In dieser Zeit habe es in Deutschland 130 pro-palästinensische Kundgebungen und Versammlungen gegeben, bei denen antisemitische und antiisraelische Parolen dokumentiert wurden, so eine BMI-Sprecherin auf Anfrage.

Doch der besonders hohe Anstieg der Straftaten wird im Bericht insbesondere mit Rückgriff auf die Corona-Pandemie erklärt, in deren Folge auch Antisemitismus deutlich stärker geworden sei.

Es rumort in der Gesellschaft. Und wie so oft in historischen Krisenzeiten werden Jüdinnen und Juden wieder verstärkt zu Feindbildern und Sündenböcken gemacht. Die antisemitischen Volksverhetzungen im Umfeld der Corona-Demos sind nach Erkenntnissen des BMI zumeist durch Verschwörungsideologien, Holocaust-Leugnung und eine Relativierung des Leids der Opfer erfolgt. Sichtbarstes Symbol der anmaßenden

Gleichsetzung von Demonstrierenden mit den Opfern der staatlichen NS-Vernichtungspolitik: das Tragen des sogenannten „Judensterns“ mit der Aufschrift „Ungeimpft“. Wer in einer Demokratie gefahrlos protestiert und sich trotzdem in der gleichen Verfolgung wie NS-Opfer wähnt, verharmlost damit die Shoah und verhöhnt deren Opfer und Angehörige. Ein besonderes Warnsignal sollte sein, dass dieses Protestpersonal nicht nur unfähig zur Selbstkritik ist, sondern sich geschichtsvergessen auch noch als Freiheitskämpfer:innen inszeniert.

Die Zahlen aus dem Bericht zur politisch motivierten Kriminalität sind wichtige Gradmesser und Hinweisgeber für den politischen Diskurs und zur Bekämpfung des Antisemitismus. Zugleich macht der Bericht jedoch auch Probleme in der sicherheitsbehördlichen Erfassung antisemitischer Delikte deutlich. So sind die politisch motivierten Straftaten im Zuge der Corona-Proteste nach offizieller Lesart weder rechts noch links zuzuordnen. Eine Interpretation, die mit Blick auf die Zusammensetzung der hybriden Protestgemeinschaften gegen die Corona-Politik mehr Verwirrung stiftet als Aufklärung leistet. Denn die Beteiligung radikalisierten Wutbürger:innen, Neonazis und Reichsbürger:innen in Verbindung mit entsprechenden demokratiefeindlichen und verschwörungsideologischen Narrativen legt nahe, diese Protestbewegung als rechtes Phänomen zu klassifizieren.

Dass es in den Sicherheitsbehörden häufig an kategorischem Wissen zur Wahrnehmung und Zuordnung rechter, rassistischer und antisemiti-

scher Gewalt fehlt, ist eine Kritik, die immer wieder von zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgebracht wird. Zu häufig müssen Betroffene die Erfahrung machen, dass ihre Berichte bagatellisiert und kleingeredet werden. Was wiederum dazu führt, dass viele Betroffene erfahrene antisemitische Gewalt gar nicht erst bei der Polizei melden. Auch weil die Schwelle, diese bei der Polizei zu melden, offenbar hoch ist. Im Jahr 2018 kam eine Studie der *Agentur der Europäischen Union für Grundrechte* (FRA) zu dem Ergebnis, dass 80 Prozent der befragten Jüdinnen und Juden in Europa den schwersten erlebten Vorfall antisemitischer Gewalt in den vergangenen fünf Jahren nicht bei der Polizei gemeldet und angezeigt haben (FRA 2018: 63). Es ist also davon auszugehen, dass die aktuellen Rekorde bei den antisemitischen Fallzahlen lediglich die Spitze des Eisberges sichtbar machen.

Nicht zuletzt aufgrund der wahrscheinlich hohen Dunkelziffer abseits der behördlich erfassten Zahlen organisieren seit einigen Jahren immer mehr Organisationen ein zivilgesellschaftliches Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Zur Erfassung antisemitischer Gewalt trägt dabei maßgeblich der *Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus* (RIAS) mit seinen mittlerweile acht Meldestellen bei. Über ein digitales Portal können Vorfälle bundesweit niedrigschwellig gemeldet werden. RIAS sichert auf Wunsch Anonymität zu, verifiziert die Schilderungen per E-Mail oder telefonisch mit den Betroffenen und informiert, wenn es gewünscht wird, über weitergehende Hilfs- und Beratungsangebote. Alle

Vorfälle werden in einer anonymisierten Datenbank gesammelt. Anders als die Polizei erfasst RIAS auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeit, wenn Jüdinnen und Juden etwa die Zugehörigkeit zur deutschen Bevölkerung abgesprochen wird. Expert:innen nennen diese Art der Diskriminierung „Othering“. Kaum jemand hat hierzulande ein so genaues Bild von Art und Ausmaß des alltäglichen Antisemitismus wie die Leute von RIAS.

Die Monitoringstelle registrierte im Jahr 2021 einen Anstieg auf 2.738 Vorfälle (RIAS Bund 2022). Neben Schmierereien, Sachbeschädigungen, Beschimpfungen und Drohungen gab es auch 63 Angriffe und sechs Fälle extremer Gewalt. Die Zunahme um über 800 Fälle gegenüber dem Vorjahr erklärt sich auch dadurch, dass neue Meldestellen die Arbeit aufnehmen (RIAS Bund 2022). Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, nennt die Entwicklung „erschreckend“.

Hinter den Zahlen stehen Betroffene. Eine drastische Zunahme antisemitischer Parolen, Drohungen, Beleidigungen und Angriffe verändert nicht nur das politische Klima, sondern auch den Alltag und das Sicherheitsgefühl von Betroffenen.

Einige Beispiele aus dem zivilgesellschaftlichen Monitoring:

- 1. Mai 2021: In Berlin-Karlshorst klingelt ein Mann bei einer Frau und einem Mann an der Wohnungstür und fragt, ob sie Juden seien. Er bedroht die beiden mit einem Messer und versucht, sich Zutritt zu der Wohnung zu verschaffen. Es gelingt den Angegriffenen jedoch, den Täter hinauszudrängen und die Polizei zu rufen (RIAS Berlin 2022: 36).
- 22. Mai 2021: Nachts wird ein Mann, der eine Kippa trägt, auf dem Nachhauseweg am Dürerplatz im Berliner Stadtteil Tempelhof-Schöneberg von drei Unbekannten angesprochen und beleidigt. Einer der Täter schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht und beleidigt ihn antisemitisch. Die Angreifer flüchten, der Betroffene muss im Krankenhaus behandelt werden (RIAS Berlin 2022: 37).
- 20. September 2021: Ein Sozialarbeiter wird in Begleitung von Kindern von vier Fußballfans des Vereins Union Berlin als „Judensau“ beleidigt. Nachdem er die Kinder in einen Jugendclub gebracht hat, wird der Mann von den vier Männern tödlich angegriffen (RIAS Berlin 2022: 37).
- 16. Februar 2022: Bei einer Kundgebung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Göttingen äußert eine Ärztin laut Augenzeug:innen in einer Rede, was derzeit in Deutschland passiere, sei „schlimmer als der Holocaust“. Die Polizei leitet ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ein (RND 2022).
- 17. Februar 2022: In einer Telegram-Gruppe aus dem Querdenken-Umfeld in Würzburg wird eine antisemitische Hetzschrift publik. Darin wird von einer jüdischen Elite in der Regierung geraunt und ein Zusammenhang zu „Pädokriminalität“ und „satanischen Ritualen“ hergestellt. Diese „kriminellen, geldgierigen Parasiten würden schon längst an Bäumen und Laternen hängen“, wenn dies

bekannt wäre, heißt es weiter – eine antisemitische Mordfantasie (Amadeu-Antonio-Stiftung 2022).

- November 2022: Auf die verglaste Eingangstür des Rabbinerhauses in Essen werden laut Polizeiangaben mindestens vier Schüsse aus einer scharfen Waffe abgegeben. Im Rabbinerhaus, das unmittelbar neben der Alten Synagoge steht, befindet sich das Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte (Tagesschau 2022).

Bianca Loy arbeitet als wissenschaftliche Referentin bei RIAS. Auch aus ihrer Perspektive ist die Zunahme judenfeindlicher Übergriffe im Jahr 2021 eng mit den Auseinandersetzungen im Mai rund um den israelisch-palästinensischen Konflikt und den Versammlungen rund um die Pandemie verbunden. Anders als die staatlichen Behörden geht man bei RIAS jedoch nicht davon aus, dass Antisemitismus von Jahr zu Jahr stärker wird, sondern dass eher Anlässe und Gelegenheiten zunehmen, so dass bereits vorhandene antisemitische Einstellungen sichtbar werden. Demos und Kundgebungen, auf denen mit Verschwörungsideologien und offener Judenfeindschaft Hass geschürt wird, bieten Täter:innen demnach Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Drohungen und Gewalttaten.

„Im Jahr 2021 war es spannend zu beobachten, dass die staatlichen Maßnahmen gegen Corona kontinuierlich zum Anlass genommen wurden, sich antisemitisch zu äußern“, sagt Loy. Derartige Mobilisierungen verblieben keineswegs immer auf einem niedrigschwelligem Niveau der

Anfeindung. Sie verweist auf die Morde an dem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein durch einen Masken-Verweigerer und jenen in Königs Wusterhausen. Im ersten Fall hätten Verschwörungsmethoden eine Rolle gespielt, in letzterem eine antisemitische Wahnvorstellung.

Die antiisraelischen Mai-Demos wurden der Expertin zufolge von offenem Antisemitismus und Gewaltvorfällen bei Versammlungen begleitet. Demnach gab es diverse Angriffe auf Jüdinnen und Juden beziehungsweise auf Menschen, die als jüdisch gelesen wurden. Darüber hinaus registrierte RIAS aber auch gezielte Sachbeschädigungen an Synagogen und Gemeindehäusern abseits der Kundgebungen. Zwar habe diese massive Welle des pro-palästinensischen, israelbezogenen Antisemitismus nur wenige Wochen andauert. „Aber wir bekamen die Rückmeldung, dass Betroffene beispielsweise ihre Social-Media-Kanäle gelöscht haben, weil sie zu viel Hass abbekommen haben“, so Loy.

Es gibt weitere Gelegenheitsstrukturen wie das Umfeld des Fußballsports, aber Bianca Loy betont, dass „es überall und jederzeit zu einem Übergriff kommen kann“. Daher ist es auch unmöglich, sich Antisemitismus zu entziehen. Wobei es gar nicht die Aufgabe von Jüdinnen und Juden sei, sich zu schützen, wie Loy betont, sondern die Aufgabe von Staat und Gesellschaft. RIAS erhält Meldungen über Vorfälle aus der Kultur, der Arbeitswelt, dem Wohnumfeld. Jüdische Menschen werden im Supermarkt oder im Kino als jüdisch erkannt und beleidigt – oder am Briefkasten ist ein Hakenkreuz eingeritzt. Schlimm

seien Übergriffe in der eigenen Nachbarschaft, weil man diesen besonders ausgeliefert sei: „Das ist Teil des alltagsprägenden Moments von Antisemitismus“, sagt Loy. „Die Bedrohung schränkt das Leben ein und prägt den Alltag.“ Für viele Jüdinnen und Juden sei diese permanente Unsicherheit Teil ihrer Normalität: „Sie müssen jeden Tag die Abwägung zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit treffen.“ Viele Betroffene überlegen genau, wem sie sich anvertrauen können.

Die Schwelle, RIAS einen entsprechenden Vorfall zu melden, ist zwar niedriger als eine Anzeige bei der Polizei. Gleichwohl sprechen auch die Erfahrungen von RIAS für ein großes Dunkelfeld. Der UEA des Bundes dokumentierte 2017 die Ergebnisse einer Online-Befragung, wonach die Mehrheit der befragten Jüdinnen und Juden in den vergangenen zwölf Monaten selbst oder bei nahen Angehörigen Antisemitismus erfahren hat. 61 Prozent berichten von versteckten Andeutungen, 29 Prozent von Beleidigungen. Drei Prozent wurden körperlich angegriffen, acht Prozent wussten von Angriffen auf nahestehende Personen (BMI 2017: 109).

Mit Blick auf die behördliche Erfassung von Straftaten übt auch Loy massive Kritik an der Praxis der Polizeibehörden. Sowohl bezüglich der

Zuordnung zum entsprechenden Phänomenbereich als auch beim Verständnis von Antisemitismus erkennt sie Korrekturbedarf. Zwar seien durchaus stärkere Bemühungen seitens der Behörden spürbar, aber bei der Wahrnehmung und Zuordnung solcher Taten gebe es weiterhin Defizite. Häufig erhalte RIAS als Rückmeldung von Betroffenen: „Wenn es bei der Tat einen Verweis auf den Nationalsozialismus gibt, dann können die Beamten das durchaus gut zuordnen, aber sobald das nicht der Fall ist, wird es schwierig.“ Insbesondere dann, wenn es um modernen und konkret israelbezogenen Antisemitismus geht. „Viele Betroffene haben die Erfahrung gemacht, dass ein Vorfall eher bagatellisiert und kleingeredet wird“, sagt Loy.

Der zweite Expertenkreis Antisemitismus (UEA) des Bundes spricht von einer „Perspektiven-divergenz“ (BMI 2017: 93). Die Mehrheitsgesellschaft sieht im Antisemitismus kein großes Problem. Jüdinnen und Juden erleben die Feindschaft gegen sie hingegen als alltagsprägend: Dreiviertel der Befragten betrachten Antisemitismus als großes oder sehr großes Problem (BMI 2017: 102). Mit teils gravierenden Folgen für das alltägliche Leben wie Angst, Unsicherheit, sozialem Rückzug und dem Verzicht auf die Sichtbarkeit jüdischer Identität.

5 Antisemitismus in den Köpfen

Antisemitische Einstellungen existieren quer durch alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Antisemitismus hat eine mindestens tausendjährige Geschichte, ist „quasi Teil der deutschen Kultur im negativen Sinne“, sagt Professorin Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein, Co-Autorin der renommierten Mitte-Studien und Mitglied des zweiten UEA. Daher müsse Antisemitismus auch als Teil der Sozialisation und kulturellen Prägung verstanden werden: „Entsprechend ist Antisemitismus in den Köpfen, auch wenn das vielen nicht bewusst ist.“

Mit anderen Worten: Antisemitismus war nie weg, er wird von Generation zu Generation weitergegeben und immer wieder neu gelernt. Niemand wird antisemitisch geboren, vielmehr werden Menschen antisemitisch sozialisiert. Das zeigt sich auch in der Sprache (Steinke 2022). Im Jiddischen bezeichnet der Ausdruck „Mischpoke“ ganz wertneutral die Familie. Im 19. Jahrhundert änderte sich die Wortbedeutung. Wenn seither in der deutschen Sprache von „Mischpoke“ die Rede ist, dann in einem abwertenden Sinne als Synonym für Gesindel (Steinke 2022: 25f.). Bis heute wird der Begriff in seiner antisemitischen Bedeutung gedankenlos verwendet – wie auch das Wort „Geschacher“ (Steinke 2022: 31f.). Bei Koalitionsverhandlungen ist in den Medien häufig vom „Postengeschacher“ die Rede. Im Jiddischen meint „Sachern“ schlicht Handel treiben.

Der Duden stellt fest, dass „Schachern“ hingegen abwertend und diskriminierend verwendet wird. Die beiden Beispiele zeigen, wie antisemitische Vorurteile und Stereotype gedankenlos in der Alltagssprache reproduziert werden. Antisemitismus ist in den Köpfen und nimmt Einfluss auf das Denken und Handeln. Die Einstellungsforschung kann Beate Küpper zufolge nur einen Teil der Lage abbilden, aber doch wichtige Erkenntnisse liefern.

Verglichen mit dem Nachkriegsdeutschland ist die Gesellschaft heutzutage weniger antisemitisch eingestellt. Darin spiegelt sich die positive Entwicklung einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft inklusive einer Erinnerungskultur wider, die es als Staatsräson begreift, bleibende Verantwortung aus dem Holocaust abzuleiten. Trotzdem wiegt das nationalsozialistische Erbe schwer. Der mörderische NS-Antisemitismus war in Deutschland bis 1945 gesellschaftlich gelebte Normalität und mit dem Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nicht einfach aus den Köpfen verschwunden. Vielmehr blieb die rassistische und antisemitische Ideologie, die ja bis 1945 von der Schule bis zum Krieg eine alltägliche gesellschaftliche und politische Praxis war, in einer „postnationalsozialistischen Gesellschaft“ (Messerschmidt 2009) als erlerntes und verinnerlichtes Weltbild virulent.

Welches Bild liefert die Einstellungsforschung aktuell? Seit 2006 messen die sogenannten Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung alle zwei Jahre antidemokratische Einstellungen. Beim klassischen Antisemitismus verzeichnet die Mitte-Studie von 2020/21 zwar einen Rückgang gegenüber den Erhebungen der Vorjahre. Dennoch stimmen immerhin 7,5 Prozent der Befragten klassischen antisemitischen Aussagen zu, obwohl diese gesellschaftlich tabuisiert sind. Weitere 13,7 Prozent geben „Teils-Teils“-Antworten. Beim israelbezogenen Antisemitismus stimmen 13,4 Prozent voll und 30 Prozent teilweise zu (Zick/Küpper 2021: 192). „Ab wann ist Antisemitismus eigentlich im Zustimmungsbereich?“ wirft Co-Autorin Küpper die entscheidende Frage für die Interpretation der Umfrageergebnisse auf.

Die Sozialforscherin zitiert eine Aussage, die in der Mitte-Studie abgefragt wird: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“ Diese Aussage ist fester Bestandteil klassischer antisemitischer Weltdeutungen. Doch nur 60 Prozent der Befragten stimmten ihr, Küpper zufolge, überhaupt nicht zu. 40 Prozent stimmten dagegen voll oder zum Teil zu. Angesichts der starken sozialen Ächtung des Antisemitismus hierzulande plädiert die Wissenschaftlerin dafür, auch diejenigen Einstellungen als problematisch zu werten, die sich bei diesen offenkundig antisemitischen Aussagen nicht eindeutig positionieren. So lehnt auch nur knapp die Hälfte der Befragten der Mitte-Studie die Aussage ab, Jüdinnen und Juden würden heute versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches ihre

Vorteile zu ziehen. Eine Aussage, die dem sekundären, shoahbezogenen Antisemitismus zuzuordnen ist. „Das bedeutet: Wir haben über die Breite der Bevölkerung zwar keinen signifikanten Anstieg, aber ein Aufweichen der ganz klaren Ächtung des Antisemitismus“, analysiert die Sozialpsychologin diese besorgniserregende Entwicklung. Die Konjunktur für antisemitische Symbole und Verschwörungserzählungen seit Pandemiebeginn hat offenbar gesellschaftliche Gewöhnungseffekte bewirkt, auch weil Demos gegen die Corona-Politik kontinuierliche Gelegenheitsstrukturen boten, sich derart zu äußern, ohne sich dafür auch nur rechtfertigen zu müssen. Im Gegenteil: entsprechende Botschaften gehören zum identitätsstiftenden Inventar der Szene.

In der Einstellungsforschung herrscht Konsens darüber, dass Antisemitismus heutzutage nicht mehr nur auf klassische Weise geäußert wird, sondern bevorzugt in seinen modernen Formen: als sekundärer bzw. Schuldabwehr-Antisemitismus und als israelbezogener Antisemitismus. Studienübergreifend findet moderner Antisemitismus weit größeren Zuspruch als der klassische. So auch in den Leipziger Autoritarismus-Studien (LAS), die in Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung erscheinen. Danach stimmen bundesweit 41,1 Prozent der Aussage zu: „Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.“ Weitere 32,6 Prozent stimmen teilweise zu (Decker/Brähler 2020: 226). Das ist ein typischer Ausdruck von

Schuldabwehr. Nur ein knappes Drittel lehnt diese antisemitische Erzählung ab.

Mehrheitsfähig ist auch die Gleichsetzung israelischer Besatzungspolitik mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik des Holocaust. 30,3 Prozent der Befragten stimmen in der LAS 2020 der Aussage zu: „Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.“ Weitere 39,4 Prozent stimmen dieser geschichtsvergessenen Relativierung der Judenvernichtung und Dämonisierung Israels immerhin teilweise zu (Decker/Brähler 2020: 227). Die LAS und die Mitte-Studien legen eindrucksvoll offen, wie weit verbreitet moderner Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft ist. Beide Studienreihen liefern regelmäßig wichtige empirische Belege dafür, dass menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen eben nicht nur an den politischen Rändern existieren, sondern auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Die Mitte-Studien haben den Blick dafür geschärft, den umkämpften Begriff der „Mitte“, der gern mit demokratischer Zuverlässigkeit gleichgesetzt wird, kritisch zu hinterfragen. Denn weder ein hoher sozialer Status (bezogen etwa auf Bildung, Beruf oder Einkommen) noch die Zugehörigkeit zu einer vermeintlichen Partei der Mitte immunisieren gegen demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen. Demokratiefeindliche Radikalität ist eben nicht identisch mit gesellschaftlicher Randständigkeit. Auch die Leipziger Autoritarismus-Studie trägt mit ihrem Fokus auf „autoritären Dynamiken“ dazu bei, Bedrohungen der demokratischen

Gesellschaft abseits formaler Angriffe auf den demokratischen Verfassungsstaat zu erkennen (auf welche sich der ‚klassische‘ Extremismus-Begriff beschränkt). Beide Studien sind ein wichtiges zivilgesellschaftliches Frühwarnsystem, das auch Phänomene wie den in Krisenzeiten stets wachsenden Verschwörungsglauben und Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausdrucksformen erfasst.

Insofern leuchtet die Einstellungsforschung auch in Bezug auf den Antisemitismus jene gesellschaftlichen Radikalisierungsprozesse aus, die unterhalb des staatlichen Radars mit der Erfassung politisch motivierter Kriminalität sowie der Beobachtung durch den Verfassungsschutz bleiben. Sozialforscherin Küpper warnt angesichts der empirischen Befunde indes vor dem naheliegenden Kurzschluss, wonach zwar der israelbezogene Antisemitismus stark, der klassische aber unbedeutend geworden sei. Bei der Interpretation der Umfrageergebnisse sei immer die soziale Norm mit zu bedenken, vor sich und anderen nicht als antisemitisch erscheinen zu wollen. Da der alte, unverhohlene Antisemitismus viel leichter als solcher erkennbar sei, würden entsprechende Einstellungen eher verklausuliert geäußert. Die Forschung nennt das „Umwegkommunikation“. „Das ist einmal der Umweg Verfolgung und Shoah“, erklärt die Sozialpsychologin. „Und es ist der Umweg Israel.“ Wenn Antisemitismus in diesen Varianten daherkommt, wird er deutlich weniger sozial geächtet. Im Gegenteil: In einigen Milieus gehöre dieser moderne Antisemitismus „quasi zum guten

Ton“. Die empirischen Befunde sind eindeutig: Antisemitismus ist kein Randphänomen, sondern in der deutschen Gesellschaft über soziale und politische Milieus hinweg weit verbreitet und tief verwurzelt.

Doch wo und wie wird er sichtbar? Für politische Einstellungen zeigen die Umfragen immer wieder: Je weiter politisch rechts orientiert, desto stärker der Antisemitismus. Links der Mitte ist er weniger ausgeprägt als in der Mitte. Im ganz linken Spektrum ist wieder eine leichte Steigerung antisemitischer Einstellungen zu verzeichnen. Der zweite UEA-Bericht stellte dazu bereits im Jahr 2017 fest: „Wählerinnen und Wähler der AfD neigen mit Abstand deutlich mehr zu Antisemitismus als die der [anderen] im Bundestag vertretenen Parteien“ (BMI 2017: 73). Das bestätigt auch eine Studie der Autor:innen der Leipziger Autoritarismus-Studien aus dem Jahr 2020. Demnach findet sich in der Wähler:innenschaft der AfD nicht nur ein stärkerer tradiert Antisemitismus als bei den anderen Parteien, es wird auch häufiger die Möglichkeit genutzt, antisemitische Ressentiments über Umwegkommunikation zu äußern (Schuler et al. 2020: 18). Kein Zufall: Die AfD leistet mit Aussagen über einen angeblichen „Schuldkult“ (Ex-MdB Jens Maier) oder die NS-Terrorherrschaft als „Vogelschiss“ der Geschichte (Ex-Fraktionschef Alexander Gauland) nicht nur solchem sekundären Antisemitismus Vorschub. Vielmehr gehört Antisemitismus in der AfD zum ideologischen Inventar. Dem American Jewish Committee (AJC) zufolge sind antisemitische Vorstellungen und Verschwörungsdenken

integraler Bestandteil der Partei, die sich in programmatischen Äußerungen und auf sozialen Medienkanälen von AfD-Politiker:innen zeigten (AJC 2021). Insofern ist beim antisemitischen Ressentiment eine Übereinstimmung zwischen der Partei und ihren Wähler:innen festzustellen, die die AfD nicht trotz, sondern wegen der Radikalität auch in dieser Hinsicht wählen.

Wie wirkt sich der soziale Status aus? Mit Blick auf die Erhebungen hält Beate Küpper fest: „Je besser gebildet und je mehr Einkommen, desto weniger Antisemitismus. Je schlechter gebildet und je weniger Einkommen, desto mehr.“ Die vielbeschworene Mitte der Gesellschaft ist demnach mittelgradig antisemitisch. Doch sei bei der Auswertung dieser Ergebnisse wiederum Vorsicht geboten. Diejenigen mit besserer Bildung wüssten eben auch besser, was in Studien abgefragt wird und antworten entsprechend. Dass Bildung automatisch vor Antisemitismus schütze, sei ein Fehlschluss. Vielmehr: „Beim Antisemitismus ist es bemerkenswert, wie gering der Bildungseinfluss insgesamt ist“, so Küpper. Daraus folgt aber nicht, dass Bildung als Protektor gegen Antisemitismus gänzlich unwirksam ist. Im Gegenteil. „Es hilft da nur Mathe und Bio nicht so richtig weiter“, sagt Küpper. Doch die für die Prävention zentrale Demokratiebildung macht ihr zufolge gerade mal 4,5 Prozent in einer Schullaufbahn aus. Das Thema Antisemitismus kommt oft nur im Zusammenhang mit dem Holocaust vor. Gute politische Bildung betrachte Dinge in ihrer Komplexität und leiste Selbstreflexion, so die

Sozialforscherin: „Diese politische Bildung, die helfen würde, machen wir schlicht und ergreifend in den Schulen nicht.“

Die Expertin warnt davor, beim Thema Antisemitismus mit dem Finger auf andere zu zeigen. Beispiel: der Altersfaktor. Lange galt: Je älter, desto antisemitischer. Doch neuerdings nimmt der Antisemitismus auch bei Jüngeren wieder zu. Was im Umkehrschluss nicht dazu führen darf, sich ausschließlich auf die Schulen zu fokussieren und Erwachsene bei der politischen Bildung außen vor zu lassen. Bei konservativen Politiker:innen ist es darüber hinaus beliebt, Antisemitismus als Import muslimischer Migrant:innen darzustellen. Auch für dieses emotional aufgeladene Thema bietet die Einstellungsforschung eine gute Orientierung.

Jüdinnen und Juden nennen immer wieder „Rechte“ und „Muslime“ als Täter:innen antisemitischer Übergriffe. Welche Rolle spielen also Migration und Religion? Küpper zufolge ist Antisemitismus unter Migrant:innen aus Osteuropa, genauer gesagt aus ehemaligen Sowjetrepubliken, deutlich stärker ausgeprägt als bei solchen aus Westeuropa. Noch stärker ist er bei Migrant:innen aus Gaza und dem Nahen Osten ausgeprägt (BMI 2017: 85 f.). „Alle Daten deuten darauf hin, dass der Sozialisationskontext in dem jeweiligen Land eine entscheidende Rolle spielt“, sagt Küpper. „In Ländern, wo Antisemitismus sozusagen eins zu eins in den Schulbüchern steht und in TV-Serien gezeigt wird, wie das in den Nahostgebieten der Fall ist, sind Muslime ausgeprägt antisemitisch, aber Chris-

ten kaum weniger.“ Entscheidend sei, ob die religiöse Botschaft inklusiv oder exklusiv vermittelt werde. Problematisch seien jene Gläubigen, die ihre Religion für die einzig wahre hielten. Religiöser Fundamentalismus ist demnach für Antisemitismus maßgeblicher als die bloße Religionszugehörigkeit. Es kommt also auf die konkrete Sozialisation an, in der Religion eine große Rolle spielen kann, darauf, was in Schulen, Familien, Freundeskreisen, Glaubensgemeinschaften und Medien gelernt und gelebt wird. Geht fundamentalistischer Glaube mit Abwertungen anderer Religionen sowie des Staates Israel einher, ist das ein Nährboden für Antisemitismus. Studien zeigen, dass die höchsten Zustimmungen zu israelbezogenem Antisemitismus bei AfD-Wählenden und, am Beispiel Berlin, bei Berliner:innen mit muslimischer Religionszugehörigkeit gemessen werden (Decker/Brähler 2020: 221).

Über die Einflüsse spezifischer sozialer Milieus hinaus, spielen offenbar auch eigene Migrations- und Fluchterfahrungen eine wichtige Rolle. Wer im Laufe der Flucht Ausschluss und Diskriminierung erlebt, verhält sich gegenüber anderen nicht unbedingt solidarisch, so Küpper: „Sondern ich demonstriere dann meine Zugehörigkeit über die Abwertung von Fremdgruppen“. Da kann Antisemitismus bisweilen sogar als ein Türöffner erscheinen, der die ersehnte Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft verheißt. Bei den Gaza-Protesten ahnten muslimische Jugendliche, so Küpper, dass sie auf Zustimmung aus dem deutschen Bürgertum hoffen können, wenn sie laut gegen Israel schreien.

Nicht nur die deutsche Geschichte, sondern auch die Ergebnisse der aktuellen empirischen Erhebungen verbieten es somit, Antisemitismus als exklusiven Import einer Minderheit abzutun, wie konservative Politiker:innen es mitunter versuchen. Nein, das Phänomen der Judenfeindschaft lässt sich nicht auf Muslim:innen abschieben. Einstellungsforscherin Küpper mahnt: „Weniger schauen, wer der Problemfisch ist, weil sonst immer mit dem Finger auf andere gezeigt wird.“ Antisemitismus betreffe vielmehr alle: „Die Mitte der Gesellschaft muss

sich erstmal selbst adressieren. Wir kommen keinen Schritt weiter, wenn wir nicht anerkennen, aus welchen Erfahrungen und Jahrhunderten des Antisemitismus wir kommen.“ Die vielbeschworene Mitte der Gesellschaft ist nämlich alles andere als immun gegen Antisemitismus, sondern Teil des Problems. Um Teil der Lösung zu werden, ist es notwendig, die eigenen Stereotype sowie problematische Denk- und Handlungsweisen in Familien, Betrieben, Behörden und Freundeskreisen besser als bisher wahrzunehmen und zu korrigieren.

6 Tatort Schule

„Du Jude“. An deutschen Schulen ist diese Ansprache als Beschimpfung unter Schüler:innen mittlerweile normal. Junge Leute jeden Alters und jeder Schulform machen von ihr als Beleidigung Gebrauch. Zu diesem Ergebnis kommt Julia Bernstein, Professorin an der Frankfurt University of Applied Sciences und anerkannte Antisemitismus-Forscherin. Für eine qualitative Studie über Antisemitismus an deutschen Schulen hat sie zwischen 2017 und 2019 rund 250 Interviews mit jüdischen und nichtjüdischen Schulkindern, Eltern und Lehrkräften geführt (Bernstein 2020). Ihre Forschung liefert Einblicke in ein riesiges Dunkelfeld. Was sich in deutschen Klassenräumen, Lehrerzimmern und auf den Schulhöfen abspielt, erfährt die Öffentlichkeit in der Regel eher nicht. Die Studie zeigt, dass Antisemitismus nicht nur unter Schüler:innen, sondern auch beim Lehrpersonal ein gravierendes Problem darstellt. Immer wieder handeln Schulleitungen nach antisemitischen Vorfällen unverantwortlich – oder gar nicht. Es mangelt offenbar an Wissen und zu oft auch an dem Willen, das Thema im schulischen Kontext ernsthaft anzugehen. Angesichts der erschütternden Ergebnisse ihrer Untersuchung stellt Bernstein die drängende Frage: „Wie kann es sein, dass Antisemitismus fortwährend seine soziale Ächtung unterläuft?“ (Bernstein 2020: 17).

Einige der von Bernstein dokumentierten Fälle (2020: 94 f.):

- Eine Schülerin der zweiten Klasse wird als Jüdin beschimpft und mit einer Vernichtungsphantasie bedroht.
- Mehrfach wird an einer deutsch-amerikanischen Schule ein jüdischer Schüler drangsaliert. Mitschüler sollen ihm mit dem Hinweis auf seine vergasteten Vorfahren den Dampf einer E-Zigarette ins Gesicht gepustet haben.
- Eine Mutter berichtet, dass auf den Schulhöfen ihrer Kinder die Beleidigungen „Du Jude“ und „Du jüdische Schlampe“ normal seien.
- Eine Schülerin bekommt von ihrem türkischen Mitschüler zu hören: „Ihr Juden seid doch scheiße. Schau mal nach Israel, da essen Soldaten Kinder.“ Darauf angesprochen, woher er das habe, antwortet der Junge: aus den türkischen Nachrichten.
- Eine Schülerin hört, dass diskriminierende Witze erzählt werden, die von gierigen und geizigen Juden handeln. Dem Mädchen wird gesagt, sie solle nicht gekränkt sein. Das sei doch nur ein Scherz.
- Eine Gymnasiastin bekommt mit, dass an der benachbarten Realschule eine Gruppe von mehreren Schülern einen jüdischen Schüler krankenhausreif prügeln. An ihrer Schule wird nicht darüber gesprochen. Sie selbst sei von

deutschen Jugendlichen wegen eines Davidsterns als „Scheiß Jude“ beschimpft und bespuckt worden.

Die Schilderungen der von Bernstein befragten Betroffenen belegen nicht nur, dass jüdische Kinder und Jugendliche in Schulen von Beleidigungen bis zu körperlicher Gewalt einem breiten Spektrum antisemitischer Übergriffe ausgesetzt sind. Die Sozialforscherin erkennt nach der Analyse der Fallgeschichten auch die Tendenz bei Schulen, nach entsprechenden Vorfällen den Grund für die antisemitische Tat beim Opfer zu suchen. Der Fachbegriff lautet Täter-Opfer-Umkehr. So komme es immer wieder vor, dass nach antisemitischem Mobbing die Täter:innen geschützt werden und Betroffene die Schule verlassen. Insgesamt mangelt es offenbar an einer grundlegenden Sensibilität und einem notwendigen Handlungswissen für den Umgang mit Antisemitismus. Bernstein betont, dass bereits das Schimpfwort „Du Jude“ den Betroffenen eine Opferposition zuschreibe. Lehrer:innen verharmlosen das Schimpfwort jedoch bisweilen als ideologiefreien Jugendslang. Mit dessen Gebrauch wird aber nicht nur das Judentum herabgewürdigt und mit negativen Eigenschaften belegt, die gar nicht explizit ausgesprochen werden müssen. Mehr noch: Die Schmähung trägt darüber hinaus massiv zur Normalisierung des Antisemitismus bei. Zumal, wenn sie nicht geahndet wird. Bernstein appelliert an die Schulen, „ein klares Zeichen in Wort und Tat zu setzen, dass jegliche antisemitische Äußerung nicht ignoriert wird“ (Bernstein 2020: 403). Antisemitismus muss in

Bildungseinrichtungen konsequent als Angriff auf das friedliche Miteinander geächtet und geahndet werden.

Befragte jüdische Schüler:innen gaben an, aufgrund der alltäglichen Stigmatisierung darauf zu verzichten, sich als Jüdin oder Jude zu bezeichnen. „Viele Schüler:innen haben Angst, sich in ihren Schulen offen als Juden zu verstehen zu geben“, schreibt Bernstein (2020: 94). Junge Jüdinnen und Juden sind in Schulen jedoch nicht nur einer feindseligen Atmosphäre ausgesetzt, sondern mitunter auch antisemitischer Gewalt. „Zum Teil reagieren Lehrkräfte gar nicht auf gewalttätige Angriffe auf jüdische Schüler:innen“ (Bernstein 2020: 121). Betroffene fühlten sich häufig nicht nur von ihren Lehrkräften allein gelassen, sondern auch von den Schulleitungen. Ein dramatischer Befund.

Vielen Lehrer:innen fällt es offenkundig schwer, Antisemitismus überhaupt zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Das hat mit kategorischer Unsicherheit und weit verbreiteten Irrtümern zu tun. Häufig wird Antisemitismus entweder als Variante des Rassismus betrachtet, was Besonderheiten und Unterschiede ignoriert. Oder er wird, wie beschrieben, exklusiv dem NS-Terror zugeordnet und als überwunden betrachtet. Für antisemitische Vorfälle fehlt zudem ein fester Handlungsrahmen, der Orientierung im Umgang bieten kann. Bernstein erkennt bei Lehrkräften die Tendenz, eher jüdische Schüler:innen und deren Identität zu problematisieren als Antisemitismus. Das führt dazu, dass

jüdisches Leben immer wieder als Besonderheit herausgestellt wird, als Abweichung von der gesellschaftlichen Normalität.

Ein blinder Fleck in der schulischen Auseinandersetzung ist dabei immer wieder auch, dass Antisemitismus nicht nur in der Schülerschaft existiert, sondern auch in den Lehrerzimmern. „Viele Betroffene berichten, dass der israelbezogene Antisemitismus unter Lehrkräften nahezu salonfähig ist“, so Bernstein. Sie lässt eine Gymnasiastin zu Wort kommen, die angibt, Lehrer:innen auf ihrer Schule hätten „jede Möglichkeit genutzt, sich über Israel auszulassen“ (2020: 127). Die langjährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Dresden, Nora Goldenbogen, berichtet von einem Fall, der sich vor wenigen Jahren im sächsischen Löbau ereignete. Da hatte eine Lehrerin an einer Berufsschule einen antisemitischen Zeichentrickfilm eingesetzt, der angeblich zeigen sollte, wie der Zins in die Welt kam. Der Film habe uralte antisemitische Klischees und Stereotype verwendet, so Goldenbogen. Niemandem war das aufgefallen. Nur zwei Lehrlinge weigerten sich, anschließend eine Leistungskontrolle darüber zu schreiben. „Es hat ganz lange gedauert, bis es an der Schule eine Auseinandersetzung darüber gab“, sagt Goldenbogen. Die Schüler:innen hätten sich letztlich sogar intensiver mit dem Vorfall beschäftigt als die Lehrer:innen.

Diese Befunde ignorieren nicht, dass es überall in Deutschland engagiertes Lehrpersonal gibt, das sich vorbildlich mit dem Thema auseinandersetzt. Viel hängt derzeit jedoch am Engagement

Einzelner und am Einsatz externer Expertise. Der Verein *Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus* (JFDA) bietet Projektstage für Schulen an. Die Teams setzen bei ihren Workshops in den Klassenräumen Videomaterial ein, das sie selbst auf Demos und Kundgebungen gesammelt haben. „Feldbeobachtungen“ nennen sie ihre Dokumentationen. In Schulen zeigen sie dann beispielsweise, wie ein Demonstrant während der Corona-Proteste einen Mundschutz in den Farben Israels trägt. Dazu ein Schriftzug ohne Vokale. Ergänzt man die fehlenden Buchstaben, ergibt das die Parole: Juden lügen.

„Wir wollen den Kindern und Jugendlichen verschiedene Formen des Antisemitismus so anschaulich und nah an ihrer Lebenswelt wie möglich vermitteln“, erklärt ein Sozialarbeiter des JFDA. Das Anschauungsmaterial für die dreistündigen Workshops ist mit aktuellen Debatten verknüpft. „Grundsätzlich habe ich das Gefühl, dass eine große Offenheit gegenüber dem Thema vorhanden ist“, sagt der JFDA-Mitarbeiter. Das Thema Verschwörungsideologien, die oft antisemitisch unterlegt sind wie jene von der klandestinen Elite, die heimlich die Strippen zieht, finden Jugendliche meistens spannend. Nicht selten hat jemand in der eigenen Verwandtschaft schon ähnliches gehört. Solche Erfahrungen bieten an den Projekttagen einen niedrigschwelligen Zugang für einen Dialog und eine intensivere Auseinandersetzung mit Funktion und Struktur von Verschwörungsmythen.

Bernsteins Forschung und die Erfahrungen des JFDA zeigen, dass es, wie in vielen gesellschaft-

lichen Bereichen, auch in den Schulen den allermeisten schwerfällt, modernen Antisemitismus überhaupt zu erkennen. Das betrifft sowohl die Schülerschaft als auch das Lehrpersonal. Als Beispiel nennt der Sozialarbeiter die Aussage einer Schülerin, die in einem Workshop von einer Corona-Demo erzählte, bei der sie selbst vor Ort war: „Da hatte niemand was gegen Juden – nur gegen die Rothschilds.“ Die jüdische Bankiersfamilie Rothschild wurde von den Nationalsozialisten verfolgt und mit antisemitischer Propaganda gebrandmarkt. Heutzutage ist „Rothschild“ ein antisemitischer Code, der stellvertretend für die vermeintliche Übermacht von Juden und Jüdinnen verwendet wird. Durch solche konkreten Beispiele gelingt es den Teams vom JFDA, über die antisemitische Gegenwart zu sprechen. „Selbst im Geschichtsunterricht wird Antisemitismus als Ideologie, die hinter der Ermordung der europäischen Juden steht, oft gar nicht thematisiert“, kritisiert der JFDA-Sprecher. „Viele Schüler wissen gar nicht, was Antisemitismus konkret ist.“

„Manchmal haben Schulen den Anspruch an uns, für drei Stunden in die Schule zu kommen und damit ist dann das Thema Antisemitismus für das Halbjahr abgehakt“, berichtet der Sozialarbeiter. „Das funktioniert so aber nicht.“ Viel-

mehr sei eine kontinuierliche und langfristige Auseinandersetzung notwendig. Insbesondere bei der Aufklärung über Verschwörungserzählungen, die emotional aufgeladen seien. Häufig stoßen die Teams in den Lernwerkstätten auf sensible familiäre Befindlichkeiten und Konflikte. Um darüber in einem geschützten Rahmen vertrauensvoll ins Gespräch kommen zu können, braucht es mehr als einmalige Workshops. Expert:innenkreis-Mitglied Küpper regt an, in den Schulen neue Formate und Settings zu entwickeln, denn das sensible Thema Antisemitismus erfordere „angstfreie Reflexionsräume“.

Wie so viele Initiativen und Vereine arbeitet auch das Jüdische Forum mit seinen Schulprojekten projektfinanziert, also ohne Planungssicherheit. Der Verein wirbt dafür, was Expert:innen eindringlich fordern: Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus sollte in die Bildungspläne eingebaut werden – und darf nicht länger auf einmalige Projekte reduziert bleiben. Julia Bernstein bringt es auf den Punkt: Vielen engagierten Lehrkräften überall im Land „stehen strukturelle Defizite der Institution Schule gegenüber“ (Bernstein 2020: 399). Diese strukturellen schulischen Probleme müssen von der Kultusministerkonferenz beseitigt werden.

7 Moderner Antisemitismus in Deutschland

Die modernen Varianten der Judenfeindschaft finden sich hierzulande nicht nur in den über digitale Medien verbreiteten Hassbotschaften oder in Verbindung mit Straftaten, sondern auch in der gesellschaftspolitischen Praxis – in politischen Debatten und nicht zuletzt auf der Straße. Politik-Professor Lars Rensmann von der Universität Passau zählt neben der Holocaust-Relativierung und israelbezogenem Antisemitismus auch neuere Verschwörungserzählungen zum modernisierten Antisemitismus: „Die modernen Spielarten schließen sich nicht aus, sondern wir sehen im Gegenteil, dass sie sich ergänzen.“ Als Beispiel nennt er eine Verschwörungserzählung, wonach hinter der Pandemie „Pharma-Firmen der Juden“ oder „die Zionisten“ stecken. Bei den Corona-Protesten zeigt sich deutlich, dass moderne Verschwörungsnarrative angepasst und in uralte antisemitische Weltdeutungen eingearbeitet werden. So auf der großen Corona-Demo im August 2020 in Berlin, als ein Mann im Kostüm einer schwarzen Pestkrähe mit sogenanntem „Judenstern“ um die Siegessäule spazierte, Anhänger des Q-Anon-Kults für ihre Erzählung von einer kinderquälenden Elite warben und die „Ostküste“ als Synonym für eine strippenziehende Finanzelite angeprangert wurde. Verschwörungserzählungen sind kategorisch eng mit dem Antisemitismus verbunden (Mendel 2022b).

Die Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung sowie wachsende gesellschaftliche Konflikte bilden sich seit den Anfängen der Pegida-Bewegung zunehmend in Protesten auf der Straße ab. Die Feldbeobachter:innen des *Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus* (JFDA) filmen seit Jahren auf Demos und Kundgebungen. Zwei von ihnen berichten, was sie dort erleben. Auf eigenen Wunsch bleiben sie anonym, weil ihr kleines Team immer wieder Anfeindungen und Drohungen ausgesetzt ist. „Bei Querdenken war auffällig, wie schnell von Anfang an Antisemitismus in Form von Verschwörungserzählungen bestimmend war“, sagen sie. Schon bei den frühen Hygiene-Demos tauchten die ersten sogenannten „Judensterne“ auf. Immer wieder dokumentierten die Beobachter:innen eine perfide Gleichsetzung von Demonstrierenden, die lautete: „Wir sind die neuen Juden.“

Bemerkenswert: Diese anmaßende Gleichsetzung mit NS-Opfern, die deren Leid herabwürdigt und instrumentalisiert, „nehmen viele Leute gar nicht als antisemitisch wahr“, so die JFDA-Mitarbeiter:innen. Kritik am eigenen Antisemitismus verstünden Demonstrierende als „Maulkorb“. In Gesprächen bekommen die JFDA-Teams zu hören, man würde ein Mitglied der Familie Rothschild ja nicht als Juden kritisieren, sondern als Person. Die Querdenken-Bewegung hat maßgeb-

lich zur Normalisierung antisemitischer Symbolik, Codes und Verschwörungserzählungen beigetragen. Während Antisemitismus auf Seiten der extremen Rechten weiterhin integraler Bestandteil der Ideologie bleibt, erreichte er im modernen, anlassbezogenen Gewand der Corona-Proteste ein breites bürgerliches Protest-Milieu. Dabei wurde Antisemitismus offen ausgelebt und zugleich vehement bestritten: von Menschen, die sich selbst in der gesellschaftlichen Mitte verorten.

Auch der antiisraelische Protest wird regelmäßig von Antisemitismus begleitet. Bei Demonstrationen aus dem Umfeld der BDS-Bewegung, die einen Boykott von Israel propagiert (BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen), trete häufig auch „die direkte Form“ des Antisemitismus auf, so Politikforscher Rensmann. Mittlerweile gibt es eine Tradition antiisraelischer Mobilisierung rund um den sogenannten Al Quds-Tag im Frühjahr, der auf den iranischen Revolutionsführer Ajatollah Chomeini zurückgeht und auch in Berlin oft mit Großdemonstrationen begangen wurde. Nach einer coronabedingten Pause wurde im vergangenen Jahr eine geplante Demo über den Kurfürstendamm vom Veranstalter abgesagt. Eine pro-palästinensische, israelfeindliche Demo in Kreuzberg wurde hingegen von den Behörden verboten, weil diese die unmittelbare Gefahr sahen, dass volksverhetzende, antisemitische Parolen gerufen und Gewalt verherrlicht werden könnte (Kopietz 2022). Das Klima antiisraelischer Proteste verschärft sich stets, sobald der Nahost-Konflikt eskaliert.

Dann gibt es mehr Demos, mehr antijüdischen Hass, mehr Gewalt.

Die Teams des Jüdischen Forums werden auf solchen Demos massiv angefeindet. „Mossad-Agenten“, bekommen sie dann zu hören. Zudem wird ihnen Rassismus gegen Palästinenser:innen vorgeworfen. Antisemitismus begegnet ihnen dann vor allem mit Israelbezug. Die Parole „Kindermörder Israel“ wird zwar bei Demos mittlerweile mitunter durch Auflagen verboten. Stattdessen wird aber „Frauenmörder Israel“ skandiert. Auf Transparenten und Schildern werden Nahost-Karten gezeigt, auf denen Israel nicht existiert. „Damit wird das Existenzrecht Israels bestritten“, so die JFDA-Sprecher:innen. In Reden und Sprechchören würden zudem palästinensische Terrorist:innen glorifiziert. Dieser Märtyrer-Kult werde auch auf Seiten der radikalen Linken geteilt. Gruppierungen, die palästinensischen Terror verherrlichen, nähmen nicht nur bei linken, antiimperialistischen Demos teil, sondern hielten dort sogar Reden, sagen die Sprecher:innen des Jüdischen Forums: „Als vermeintlich marginalisierte Gruppe werden sie bei linken Protesten ausdrücklich akzeptiert“. Der antikapitalistische, pro-palästinensische Teil der radikalen Linken, der Israel als mächtige, weiße und postkoloniale Staatsmacht etikettiert, ist besonders anfällig für israelbezogenen Antisemitismus.

Israel dient lagerübergreifend über politische und sozioökonomische Grenzen hinweg als Feindbild, um Jüdinnen und Juden zu adressieren. In der Geschichte der Bundesrepublik

ist der Staat Israel immer wieder als Alibi für Antisemitismus instrumentalisiert worden. Die Affäre um das in Millionenaufgabe zur Bundestagswahl 2002 verschickte Flugblatt des verstorbenen FDP-Politikers Jürgen W. Möllemann steht exemplarisch dafür. In der aus anonymen Quellen finanzierten Schrift wurden sowohl der damalige israelische Ministerpräsident Ariel Sharon als auch der damalige Vize-Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, angegriffen. Danach entbrannte eine heftige öffentliche Debatte darüber, ob Möllemanns Aktion antisemitisch war. In einem Interview im *heute-journal* sagte Möllemann, er fürchte, kaum jemand habe den Antisemiten „mehr Zulauf verschafft als Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art“ (zitiert in *Spiegel* 2002). Das ist klassischer Antisemitismus mit Täter-Opfer-Umkehr: Juden und Jüdinnen sollen angeblich selbst schuld daran sein, dass man sie hasst. An den gesellschaftlichen Wahrnehmungsstörungen hat sich seit dem Möllemann-Skandal wenig geändert.

Warum ist also immer wieder Israel der ‚Aufhänger‘ für antisemitische Äußerungen? Und ist es wirklich so schwer, die Grenze zwischen legitimer Kritik und Antisemitismus zu ziehen? „Empirisch ist belegt, dass auch in Deutschland kein Land häufiger kritisiert wird als Israel – das war zumindest bis zum Aggressionskrieg von Putin so“, sagt Politik-Professor Rensmann. Nicht einmal Diktaturen wie China und Nordkorea stehen demnach häufiger in der Kritik als Israel. In Debatten und auf der Straße wird immer wieder be-

hauptet, es gebe ein Tabu, Israel zu kritisieren. Rensmann widerspricht: „Man kann israelisches Regierungshandeln und die Besatzung in allen Praktiken scharf kritisieren.“ Die Grenze verlaufe dort, wo klassische antisemitische Stereotype verwendet, Ressentiments auf den jüdischen Staat projiziert würden und man dem Staat Israel die Existenzberechtigung abspreche. „Das mögen andere einen Graubereich nennen, für mich ist da die Grenze zum Antisemitismus überschritten.“ Schließlich werde auch nicht akzeptiert, wenn China dem Staat Taiwan die Existenzberechtigung abspricht. „Warum sollten wir bei einem kleinen Staat wie Israel damit anfangen, solchen Rassismus und Antisemitismus zuzulassen?“ Auch hyperbolische Gleichsetzungen Israels mit dem NS-Terrorregime wertet der Experte als eindeutig antisemitisch. „Diese spoten nicht nur der Realität des Konflikts im Nahen Osten“, sondern seien eine „Verunglimpfung der jüdischen Opfer des Holocausts“. Im politischen Diskurs ist bisweilen von „Nazi-Methoden“ zu lesen, wenn es um die israelische Besatzungspraxis geht.

Auch aus der komplizierten Gründungsgeschichte lässt sich nach Ansicht des Politikwissenschaftlers keine Sonderstellung Israels konstruieren: „Das ist ein historisch kontingentes Phänomen.“ Zudem ist die Staatsgründung auch eine unmittelbare Folge der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Gegenwärtig wird Israel vor allem wegen seiner Politik und Praxis im Konflikt mit den Palästinensern kritisiert. Amnesty International wirft Israel in einem kontrovers diskutierten Bericht bewusst „Apartheid“ vor

und begründet das mit „Menschenrechtsverletzungen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten“ (Amnesty International 2022). Auch Politikforscher Rensmann bewertet die dortige Besatzungssituation als nicht akzeptabel. Gleichwohl warnt er, der Begriff „Apartheid“ bewege sich im Bereich der Dämonisierung: „Auf das Kernland Israel bezogen halte ich den Begriff geradezu für irre und insofern auch für antisemitisch. Es gibt keine Apartheid in Israel, auch wenn es Diskriminierung gegenüber Minderheiten wie in praktisch jedem anderen Land gibt.“ Diese gelte es zu kritisieren – was in der demokratischen israelischen Öffentlichkeit auch immer wieder getan werde. So im Falle des heftig umstrittenen „Nationalstaatsgesetzes“, das im Jahr 2018 verabschiedet wurde. Darin wurde verankert, dass Israel dem jüdischen Volk zusteht. Arabisch wurde als zweite Amtssprache gestrichen (Schneider 2018). Die israelische Opposition und Menschenrechtler:innen kritisierten das Gesetz zurecht als tiefen Einschnitt in die demokratische Praxis des Landes. Anfang dieses Jahres gab es in israelischen Städten große Demonstrationen gegen die geplante Justizreform, mit der die rechts-religiöse Regierung Netanjahu die Kompetenzen des Obersten Gerichtshofs einschränken wollte. Kritiker:innen fürchteten einen Verlust rechtsstaatlicher Kontrolle und effektiver Gewaltenteilung. Und weltweit steht die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik immer wieder in der Kritik und wird verurteilt, nicht zuletzt auch in den Gremien der Vereinten Nationen.

Berechtigte Kritik entbindet aber nicht davon, auf Dämonisierungen zu verzichten. Politikfor-

scher Rensmann hält die Unterscheidung indes für einfacher als öffentlich suggeriert werde: Demnach nimmt sachliche Kritik an israelischer Politik zu konkreten Fragen Stellung und zielt auf realitätsbezogene Bewertungen, die Verhaltensoptionen aufzeigen (Rensmann 2021). Daraus folgt: Nicht jede Kritik an Israel ist antisemitisch. Aber es ist falsch zu behaupten, sogenannte „Israelkritik“ könne per se nicht antisemitisch sein. Rensmann weist auf die lange Tradition des antisemitischen Antizionismus hin. So waren die Nationalsozialisten keineswegs nur fanatische Judenhasser:innen, sondern auch erklärte Feinde der Idee vom jüdischen Nationalstaat. Es gilt also genau zu analysieren, ob politische Akteur:innen Israel kritisieren oder über diesen ‚Umweg‘ auf Jüdinnen und Juden zielen. Der bereits erwähnte 3-D-Test (Dämonisierung, Delegitimierung, doppelte Standards) ist geeignet, den angeblich so unscharfen diskursiven Graubereich rund um den israelischen Staat zu erhellen.

Gleichwohl ist hierzulande heftig umstritten, ob die internationale BDS-Bewegung antisemitisch ist. In einem Aufruf aus dem Jahre 2005 wirft die „palästinensische Zivilgesellschaft“, wie sich die Autor:innen und Erstunterzeichner:innen selbst benennen, Israel anhaltende „Verstöße gegen internationales Recht“ vor und ruft zu „gewaltlosen Strafmaßnahmen“ auf (BDS 2005). Die Kernforderungen der BDS-Bewegung lauten: Erstens „die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“ zu beenden, zweitens die vollständige Gleichberechtigung arabischer Israelis, drittens: Rückkehrrecht al-

ler Geflüchteten und ihrer Nachkommen. Die Bewegung beruft sich dabei ausdrücklich auf „den Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid“ (BDS Movement 2005). In der Praxis rufen Akteur:innen aus BDS-Kreisen nicht nur dazu auf, israelische Waren und Dienstleistungen zu boykottieren. Vielmehr sollen auch alle Sportler:innen, Wissenschaftler:innen und Künstler:innen boykottiert werden, die mit Israel kooperieren, was de facto eine diskriminierende Praxis gegen israelische Jüdinnen und Juden darstellt. Der Bundestag hat die BDS-Kampagne am 17. Mai 2019 in einer Resolution als antisemitisch verurteilt und beschlossen, künftig keine Organisationen mit öffentlichen Geldern oder mit kommunalen Räumen zu unterstützen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Der Resolution lag ein gemeinsamer Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zugrunde (Deutscher Bundestag 2019).

Auch nach diesem überzeugenden politischen Statement des Bundestages geht die Auseinandersetzung um die BDS-Bewegung weiter. Anhänger:innen bestreiten vehement den Vorwurf des Antisemitismus. Der Politikwissenschaftler Jakob Baier kommt indes in einer Analyse von Forderungen und Methoden zu dem Befund, BDS sei eine „programmatisch und methodisch antisemitische Kampagne“ (Baier 2021). Zwar verschaffe die Berufung auf universelle Menschenrechte der Bewegung „den Anschein politischer Legitimität“, doch attestiert der Autor der Kampagne eine „dämonisierende Rhetorik“ und erkennt in den Kernforderungen eine „Delegitimierung Israels“ (Baier 2021).

Wenn vom Ende der „Kolonisation allen arabischen Landes“ die Rede sei, werde bewusst offengelassen, um welches Territorium es sich genau handelt, so Baier. Das könne man berechtigterweise als „Vernichtungsabsicht gegenüber Israel“ interpretieren. Zudem unterstelle die vordergründig legitime Forderung nach Gleichstellung der Araber in Israel, dass dieser Minderheit formale Grundrechte vorenthalten würden. Zwar existieren in Israel Baier zufolge tatsächlich Diskriminierung und Rassismus. „Eine juristisch verankerte, ethnisch diskriminierende Staatsangehörigkeitsregelung existiert in Israel jedoch nicht“, so Baier (2021). Dessen Kollege Rensmann bewertet die BDS-Kampagne schon deshalb als antisemitisch, weil sie sich nicht von prominenten Vertreter:innen wie beispielsweise dem Musiker Roger Waters (ehem. Pink Floyd) distanziert. Waters hat bei großen Konzerten mehrfach ein Ballon-Schwein aufsteigen lassen, auf dem auch ein Davidstern zu sehen war. Wer aber offenen Antisemitismus von „antisemitischen Lautsprechern“ in den eigenen Reihen dulde, so Rensmann, der signalisiere Juden eindeutig: „Ihr seid hier nicht erwünscht.“ Es ist daher kein Zufall, dass es im Umfeld des pro-palästinensischen und antiisraelischen bzw. antizionistischen Aktivismus immer wieder zu antisemitischen Anfeindungen und Übergriffen kommt.

Parteipolitisch leistet hierzulande keine andere Organisation dem Antisemitismus wirkungsvoller Vorschub als die AfD. Laut einer Analyse des *American Jewish Committee* (AJC) gehört Antisemitismus trotz gegenteiliger Lippenbekennt-

nisse zum ideologischen Repertoire der AfD (AJC 2021). Zum Markenkern der Partei gehört völkischer Nationalismus, der einer Art Volksgemeinschaft das Wort redet, auch wenn die AfD diesen NS-Begriff wohlweislich meidet. Auch vermeintlich bürgerliche AfD-Politiker wie der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland haben die Verschwörungserzählung vom „großen Bevölkerungsaustausch“ verbreitet, die auf den rechten französischen Publizisten Renaud Camus zurückgeht. Demnach soll die einheimische Bevölkerung angeblich durch Migrant:innen ersetzt werden. Diesem Angstscenario liegt ein homogenes Gesellschaftsmodell zugrunde, das Migrant:innen als Zerstörer:innen eines (in diesem Fall) völkisch-deutschen Kollektivs brandmarkt. Auch der Rechtsterrorist von Halle vertrat neben expliziten antisemitischen Vernichtungsfantasien die Verschwörungsideologie vom „großen Austausch“.

AfD-Führungsfigur Björn Höcke hat in einer Rede im November 2022 in Erfurt vor sogenannten „Globalisten“ gewarnt, die angeblich den „Great Reset“ planen – eine rechte Verschwörungserzählung über dunkle Mächte, die angeblich eine neue Weltordnung anstreben. Der Begriff „Globalisten“ ist ein antisemitisch lesbarer Code, der auf Jüdinnen und Juden als vermeintlich wurzellose, über die Welt verteilte Zerstörer:innen gewachsener Völker und Kulturen zielt. Die extreme Rechte flankiert ihre rassistische Kampagne gegen eine vermeintliche „Überfremdung“ seit einigen Jahren durch eine antisemitisch grundierte Anti-Globalisierungserzählung. Darin wird der Prozess der Globali-

sierung als angeblich gezielte Zerstörung von „ethnokulturellen“ Gemeinwesen und Identitäten angeprangert. Dafür werden „Globalisten“ verantwortlich gemacht, die etwa mit dem Code „Ostküste“ (als Anspielung auf die angeblich jüdisch dominierte New Yorker Finanzelite) mehr oder weniger offen als angebliche jüdische Strippenzieher stigmatisiert werden (Grumke 2017).

Für den Fall der Machtübernahme hat AfD-Politiker Höcke ethnische und politische Säuberungen angedeutet: beispielsweise ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“ mit einer „Politik der wohltemperierten Grausamkeit“ (Höcke 2018: 254). Solche Szenarien sind ohne massive Gewalt undenkbar. Überdies ist eine völkische Gesellschaft, in der vermeintlich nichtzugehörige Minderheiten zwangsläufig zum inneren Feind erklärt werden, mit dem Grundgesetz und einer Garantie von Menschenwürde und gleichen Rechten unvereinbar. Die Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern verfügen über umfangreiche Zitatsammlungen, die Angriffe von AfD-Politiker:innen aller Partei-Ebenen auf Menschenwürde und die pluralistische Demokratie dokumentieren. Doch trotz eindeutiger Belege hat der Verfassungsschutz in Bund und Ländern quälend lange gebraucht, um die Partei als rechtsextremen Verdachtsfall (Bund) oder sogar als gesichert extremistische Bestrebung (Thüringen) zu beobachten. Während die Verfassungsschützer:innen zögerten, die naheliegenden Konsequenzen aus den offenkundigen Radikalisierungsprozessen und demokratischen Grenzverletzungen zu ziehen, waren es Sozial-

forscher:innen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Journalist:innen, die lange vor den als Frühwarnsystem versagenden staatlichen Behörden den Rechtsextremismus in der AfD erkannten und benannten.

In der Pandemie haben sich AfD-Politiker:innen an den Querdenken-Protesten beteiligt, bei denen wie beschrieben antisemitische Symbole und Holocaustrelativierungen nicht nur geduldet wurden, sondern identitätsstiftend waren. Der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller zog auf einer Demo in Berlin am 18. November 2020 bezüglich des neuen Infektionsschutzgesetzes einen Vergleich zu 1933: „Wir brauchen kein zweites Ermächtigungsgesetz.“ Im Bundestag wiederum sprach Alexander Gauland von einer „Corona-Diktatur auf Widerruf“ (zitiert nach *Zeit Online* 2020).

Offenen Antisemitismus meidet die AfD, auch wenn sie den Antisemiten Wolfgang Gedeon in ihren Reihen geduldet hat. Gedeon hatte vor seinem Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg in einem Buch erklärt: „So waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes“ (zitiert nach BMI 2017: 141). Gedeon schrieb zudem über „das jüdische Weltkollektiv“. Dieses Verschwörungsnarrativ besitzt nach Einschätzung des UEA keine reale Grundlage. Die Antisemitismus-Expert:innen bescheinigen Gedeon eine „tiefe Prägung durch antisemitische Verschwörungsmymen“. Dessen Aussagen schöpften „aus dem Repertoire des religiösen und politischen Antisemitismus“ (BMI 2017: 142). Der Streit um

seine Person führte im Jahr 2016 zum Bruch der baden-württembergischen AfD-Landtagsfraktion. Bemerkenswert ist, dass sich die AfD im Fall Gedeon keineswegs geschlossen gegen Antisemitismus positionierte, sondern im Gegenteil sogar eine Zerreißprobe der Fraktion in Kauf nahm.

Entlarvend ist der Geschichtsrevisionismus der AfD. Systematisch greift die AfD die Erinnerungskultur der Bundesrepublik an, deren verantwortliches Gedenken an den Holocaust fester Teil der Staatsräson ist. Björn Höcke hat das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein „Denkmal der Schande“ genannt und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ gefordert (zitiert nach Kraske 2021b: 52). Auschwitz soll als zentraler Fixpunkt deutscher Erinnerungspolitik eliminiert werden. Folgerichtig hat der ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier das Ende für einen behaupteten „Schuldskult“ ausgerufen (zitiert nach Kraske 2021b: 56). Mit anderen Worten: Der Millionen Opfer des Holocausts würdig zu gedenken und die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass sich diese singuläre Barbarei nicht wiederholt, wird verhöhnt – und NS-Opfer und Angehörige gleich mit. Für Entsetzen sorgte der Thüringer AfD-Politiker Holger Winterstein, als er im Oktober 2022 am Rand einer Demo in Berlin auf das Holocaust-Mahnmal stieg und mit ausgebreiteten Armen für ein Foto posierte. Zwar trat er nach scharfer Kritik, auch aus der eigenen Partei, als Co-Vorsitzender des Gebietsverbands Sonneberg zurück. Doch seine Geste der Verhöhnung der Opfer blieb – als Sinnbild für ausgelebten Antisemitismus.

Relativierungen des NS-Terrors erfolgen in der AfD nicht zufällig, sondern systematisch. Zum geflügelten Unwort brachte es Gauland mit der zynischen Verharmlosung der NS-Herrschaft als „Vogelschiss“, die deren monströse Menschheitsverbrechen verzweigt. Gauland war es auch, der das Recht einforderte, „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ (zitiert nach Kraske 2021b: 58), also ausdrücklich auch auf Wehrmachtssoldaten, die im Zweiten Weltkrieg Hitlers Vernichtungskrieg führten und an der Ostfront am Holocaust beteiligt waren. Der Historiker Hannes Heer, früherer Leiter der Wehrmachtsausstellung, spricht im Interview mit der Deutschen Welle vom „täglichen Alltag des Mordens“ und vom „Holocaust auf freiem Feld“, der den Vernichtungslagern wie

Auschwitz vorausging (Heer 2020). Stolz auf die „Leistungen“ deutscher Wehrmachtssoldaten zu äußern stellt eine Verherrlichung nationalsozialistischer Verbrechen dar.

Die geschichtsrevisionsistischen Relativierungen der AfD dienen dazu, den durch die Nationalsozialisten vollends diskreditierten völkischen Nationalismus wiederbeleben zu können. Die AfD hat auf Kosten der Opfer des NS-Terrors und ihrer Angehörigen sowie der jüdischen Community verharmlosende Erzählungen des sekundären Antisemitismus im politischen Diskurs etabliert, normalisiert und populär gemacht. Sie tut dies in einer Zeit, in der jüdische Friedhöfe und Gedenkortorte wie das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald regelmäßig geschändet werden.

8 Postkolonialismus und Antisemitismus

Auf den ersten Blick erscheint es absurd, dass ausgerechnet der Postkolonialismus-Diskurs, der rassistische Machtstrukturen infolge des Kolonialismus analysiert und kritisiert, immer wieder von Antisemitismus begleitet wird. Auch an den Universitäten. So berichtete 2017 unter anderem die *Jüdische Allgemeine* darüber, dass eine Lehrkraft die Studierenden ihres Seminars „Zur sozialen Lage der Jugendlichen in Palästina“ immer wieder mit antiisraelischen und verschwörungstheoretischen Materialien versorgte (Mendel/Uhlig 2017: 250). Der Streit um den in Kamerun geborenen Philosophen Achille Mbembe war dann 2020 Auslöser dafür, dass diese zuvor vor allem in universitären und aktivistischen Kontexten geführte Auseinandersetzung über israelbezogenen Antisemitismus in Texten und Handlungen von Forscher:innen aus dem Bereich der „postcolonial studies“ zum Gegenstand einer intensiv und breit geführten Debatte in der deutschen Öffentlichkeit wurde. Der mehrfach preisgekrönte Intellektuelle gilt als brillanter Denker und herausragende Stimme des afrikanischen Kontinents. In seinem Werk beschreibt Mbembe die verheerenden Nachwirkungen des Kolonialismus und regt eine gerechtere Weltordnung an. Im Jahr 2020 wurde er eingeladen, die Eröffnungsrede des Kulturfestivals Ruhrtriennale zu halten. Nach Kritik des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, und anderer wurde Mbembe

mit dem Vorwurf antisemitischer Äußerungen wieder ausgeladen, bevor das Festival coronabedingt abgesagt wurde.

Die Ausladung Mbembes war auch eine Folge der BDS-Beschlüsse des Bundestages, da die Ruhrtriennale mit öffentlichen, in diesem Fall Landesmitteln gefördert wird. In der öffentlichen Debatte wurde aber nicht nur über die Entscheidung gestritten, sondern vor allem darüber, ob Mbembes umfassendes Werk antisemitische Äußerungen beinhaltet.

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie argumentierte in der *Frankfurter Rundschau*, dass sich Mbembe im Jahr 2018 dafür eingesetzt habe, die jüdische Professorin Shifra Saguy von einer Tagung der südafrikanischen Universität Stellenbosch zu streichen, obwohl diese erklärte Gegnerin der israelischen Siedlungspolitik ist (Leggewie 2021). Der Erziehungswissenschaftler und Antisemitismusexperte Micha Brumlik hält es dagegen für unbewiesen, dass Mbembe aktiv an dieser Boykott-Aktion beteiligt war (Brumlik 2022: 44 f.). Inhaltlich weist Brumlik auf Mbembes „Bekanntnis zum Existenzrecht Israels“ hin, was „man von einem erklärten Antisemiten“ nicht erwarten würde (Brumlik 2022: 47). Brumlik dokumentiert allerdings auch dessen vernichtende Kritik an der israelischen Besatzungspolitik, zum Beispiel anhand folgender

Äußerung Mbembes: „Es ist zwar keine Apartheid im südafrikanischen Stil. Es ist viel tödlicher“ (Mbembe 2015: VIII). In Mbembes Text „Politik der Feindschaft“ findet sich zudem eine Textstelle, in der er von einer „fanatischen Zerstörungsdynamik“ schreibt, „die darauf abzielt, das Leben der Palästinenser in einen Trümmerhaufen und einen zur Entsorgung bestimmten Berg aus Müll zu verwandeln. In Südafrika erreichten die Trümmerberge niemals solche Ausmaße“ (Mbembe 2017: 86). Die Aussagen dieser Textstellen sind eindeutig: Die israelische Besatzungspolitik ist angeblich schlimmer als das südafrikanische Apartheid-Regime mit seinem praktizierten Wahn einer Rassentrennung. Man muss sie als Dämonisierung und somit als israelbezogenen Antisemitismus einstufen. Der Fall Mbembe zeigt exemplarisch, wie schwierig es für öffentlich geförderte Veranstalter ist, modernen Antisemitismus in der Praxis zu ächten – zumal, wenn es um renommierte Persönlichkeiten geht. Über die richtige Einladungspolitik hinaus ist aber vor allem ein Diskurs darüber notwendig, warum in postkolonialer Argumentation eine Offenheit für israelbezogenen Antisemitismus möglich ist und warum das nicht akzeptabel ist.

Auf die Mbembe-Debatte folgte der sogenannte Historikerstreit 2.0. Im ersten Historikerstreit hatte der Historiker Ernst Nolte die systematische Ermordung der Juden durch die Nationalsozialisten als eine Art Reaktion auf kommunistische Massenmorde umgedeutet – und dadurch die Singularität der Shoah bestritten. Im Ergebnis dieser großen Debatte ist es in der deutschen Erinnerungskultur integraler

Konsens geworden, dass das Menschheitsverbrechen der Shoah nicht mit dem Hinweis auf andere Verbrechen und Völkermorde relativiert werden kann. In postkolonialen Debatten wird diese Singularität nunmehr erneut in Frage gestellt und thematisiert – diesmal mit dem Verweis auf Kolonialverbrechen. Die Direktorin des Einstein Forums in Potsdam, Professorin Susan Neiman, schreibt im Vorwort ihres Sammelbandes „Historiker streiten“, manche Autor:innen behandelten die These von der Einzigartigkeit des Holocaust, „als ob sie ein Teil der heiligen Schrift wäre“ (Neiman 2022: 9 f.). Sie erkennt zwar durchaus Unterschiede zwischen der Verfolgung von Juden, Schwarzen Menschen und People of Color. „Methoden von Verfolgung und Mord variieren je nach Kultur und Zeitalter“, so Neiman. „Moralisch gesehen sind sie aber belanglos“ (Neiman 2022: 10). Werde ein Mensch wegen der Zugehörigkeit zu einer Gruppe bekämpft, sei das eben Rassismus: „Dieser muss bekämpft werden – egal, wo und wie er erscheint“ (Neiman 2022: 10). Neiman betrachtet Antisemitismus einfach als Variante des Rassismus, was die bereits ausführlich beschriebenen, über rassistische Abwertung hinausgehenden Dimensionen von Antisemitismus vernachlässigt. Ohnehin stellt sich die Frage, warum Historiker:innen überhaupt einen neuen Streit rund um die Singularität des Holocaust führen sollten, weil substanziiell keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind. Der US-Politikwissenschaftler Daniel Jonah Goldhagen hat etwa nach seinem weltweiten Bestseller „Hitlers willige Vollstrecker“, der die Beteiligung normaler Deutscher am Holocaust beschrieb,

mit seinem Buch „Schlimmer als Krieg“ eine vergleichende Analyse von Völkermorden vorgelegt. Das Thema ist gut erforscht.

Der Politikwissenschaftler Lars Rensmann kritisiert, wie Rassismus und Antisemitismus in postkolonialen Diskursen bisweilen gegeneinander ausgespielt werden, indem eine Art Konkurrenz konstruiert wird: „Nach dem Motto: Die Kolonialgeschichte wird vom Holocaust überdeckt“, werde also aufgrund einer vermeintlichen Fokussierung auf den Holocaust nicht thematisiert. Das sei empirisch gar nicht belegt. Auch wie der australische Wissenschaftler Dirk Moses (2021) zu behaupten, es gäbe einen Katechismus, wonach der Holocaust nicht mit anderen Völkermorden verglichen werden dürfe, sei „schlicht falsch“. Alle großen Holocaust-Forscher:innen hätten solche Vergleiche vorgenommen und Ähnlichkeiten zu anderen Menschheitsverbrechen, aber eben auch Besonderheiten herausgearbeitet, so Rensmann. Mit dem Ergebnis: „Der Holocaust ist ein singuläres Ereignis.“ Antisemitismusforscher Micha Brumlik hat wichtige Gründe, die für eine Singularität des Holocausts sprechen, präzise zusammengefasst: Dazu zählt eine beispiellose Entwürdigung der Opfer, bei der Namen durch Nummern ersetzt wurden, um jüdische Menschen zu vergasen. Der Holocaust sei zudem durch eine beispiellose „Selbstzweckhaftigkeit“ und „Unbegrenztheit“ der Vernichtung „unter Aufbietung aller Mittel“ gekennzeichnet – begangen von einer hoch entwickelten bürgerlichen Gesellschaft (Brumlik 2020). Die globale Menschenrechtsgesetzgebung deutet Rensmann

als eine Folge der Beschäftigung mit dem Holocaust. Diese universalistische Lehre setzt sich bis heute im Internationalen Gerichtshof in Den Haag fort.

Micha Brumlik hat unter Verweis auf Michael Rothbergs Begriff vom „multidirektionalen“ Erinnern klargestellt, dass die Beschäftigung mit Sklaverei und Kolonialgeschichte keineswegs dazu beiträgt, den Holocaust zu relativieren. Keiner der beiden Diskurse werde durch den jeweils anderen beeinträchtigt (Brumlik 2020). Trotzdem werden Antirassismus und Anti-Antisemitismus immer wieder so diskutiert, als stünden sie in einer Art Konkurrenz zueinander und als könne es nur Aufmerksamkeit für das eine oder das andere Thema geben. „Dass die Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte bisher völlig unzureichend geführt wurde, hat mit dem Holocaust überhaupt nichts zu tun. Mit Israel übrigens auch nicht“, kritisiert Politikforscher Rensmann. Die aufgeladenen Debatten beförderten zum Teil sogar Antisemitismus oder Rassismus und verhinderten die notwendige Auseinandersetzung mit relevanten postkolonialen Themen wie den weltweiten ökonomischen Ungleichheiten oder enteigneten Kunstwerken im Berliner Humboldt-Forum. Drängende soziale Fragen werden dadurch weiter vernachlässigt. Der fatale Effekt dieser postkolonialen Scheingefechte um größere Aufmerksamkeit ist darüber hinaus, dass Jüdinnen und Juden ausgerechnet in jenen vermeintlich aufgeklärten und progressiven Kreisen, die sich selbst als Vorkämpfer gegen Diskriminierung sehen, zunehmend unter Druck geraten.

Die postkoloniale Theorie und Forschung liefert wichtige Erklärungen zu den Ursachen weltweiter Ungerechtigkeiten sowie den ideologischen und materiellen Nachleben der komplexen kolonialen Vergangenheiten in der Gegenwart. Jedoch bleibt eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus und seinen komplexen Dimensionen viel zu häufig aus. So forderten Saba-Nur Cheema und Meron Mendel von der *Bildungsstätte Anne Frank* bereits früh in der Auseinandersetzung um die Ausladung von Mbembe, dass auch in postkolonialen Theoriedebatten dringend ein Begriff von Antisemitismus etabliert werden müsse, der „der über eine Variation von Rassismus hinausreicht, ihn genuin gesellschaftstheoretisch definiert“ und dafür sensibilisiert, dass „Israelkritik“ häufig das Ventil antisemitischen Resentiments darstelle (Cheema/Mendel 2020). Dies ist sicherlich eine der Erkenntnisse aus der sogenannten Mbembe-Debatte: Dass zwischen rassismuskritischen und antisemitismuskritischen Positionen und Forschungsansätzen eine Sprachlosigkeit vorherrscht, die einen Dialog und ein wechselseitiges Austauschen und Irritieren eigener Forschungsansätze zu häufig erschweren oder sogar blockieren.

Auch hierfür steht die skandalöse Kunstausstellung Documenta 15 in Kassel. Auf dem traurig berühmt gewordenen Sammelbild des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi, das den Skandal auslöste, war ein Mann mit Schläfenlocken und Raffzähnen zu sehen. Daneben ein Soldat mit Schweinenase. Das ist die typische Bildsprache des NS-Propagandablattes „Der

Stürmer“. Auf einer von der Documenta und der Bildungsstätte Anne Frank organisierten Podiumsdiskussion anlässlich des Skandals ging der wissenschaftliche Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland, Professor Doron Kiesel, auf die benannte Sprachlosigkeit und die Problematik des israelbezogenen Antisemitismus in bestimmten postkolonialen Diskussionen ein. Kiesel zeigte sich bestürzt darüber, dass dieses Sammelbild überhaupt aufgestellt werden konnte. Im Hinblick auf eine mögliche Gesprächsgrundlage stellt er fest, dass ein Dialog nicht möglich sei, wenn Israel als Kolonialstaat verstanden und dämonisiert werde. Hierzulande endeten postkoloniale Diskurse immer wieder bei dem irreführenden Befund: „Israel ist ein Rest eines kolonialen Gebildes.“ Das lasse gänzlich außer Acht, dass Israel „im Wesentlichen existiert, weil Deutsche millionenfachen Mord begangen haben und der spätere Staat Israel der einzige Ort für viele war, wo sie sich hin retten konnten“. Kiesel vermutet als Motiv für die Fixierung auf Kritik an Israel hierzulande auch Schuldabwehr: „Es ist vielleicht auch angenehmer mit dem Gefühl zu leben: Die Juden haben auch Dreck am Stecken, insofern dürfen und können wir sie kritisieren.“ Darüber hinaus kritisiert Kiesel eine postkoloniale Schwarz-Weiß-Sicht auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, die einem besseren Verständnis von Antirassismus und Antisemitismuskritik im Weg stehe: „Worüber wollen wir uns denn unterhalten, wenn so klar ist – hier sind die Bösen und hier sind die Guten?“ (zitiert nach Bildungsstätte Anne Frank 2022a).

Die postkolonialen Diskurse haben ohne Zweifel historisch gewachsene, zuvor weltweit ignorierte Machtstrukturen und Kolonialverbrechen ans Licht geholt. Aber sie neigen dazu, historische Prozesse monokausal als Folge des Kolonialismus zu deuten. Zudem bündeln Akteur:innen für ihre Kritik häufig heterogene Weltregionen mit ganz unterschiedlichen Entwicklungen kollektiv zum „globalen Süden“. Dieses Label muss für einen antisemitischen Etikettenschwindel erhalten. Auch dies ist im Zuge der Documenta 15 mehr als deutlich geworden. „Im 20. Jahrhundert haben die Nationalsozialisten ihre antisemitischen Bilder weltweit exportiert“, erklärt Rensmann. Das antisemitische Sammelbild von Taring Padi deutet er als „Re-Import“, denn es zeige „eindeutig und unverfälscht NS-Bildsprache. Bilder mit der Legitimierung zu präsentieren, das sei die Stimme des globalen Südens, halte ich auch vor diesem Hintergrund für perfide.“ Vielmehr würden hier „westliche Narrative oder Bilder verhandelt, die aus Deutschland stammen“.

Bei der Vorstellung der Documenta im Kasseler Auestadion hatte etwa die hessische Kunstministerin Angela Dorn (Grüne) betont, die ausgewählten Künstlerkollektive verkörperten den „Blick des

globalen Südens“ (zitiert nach Deutschlandfunk Kultur 2022). Auch die später zurückgetretene Generaldirektorin der Documenta, Sabine Schormann, warb mit dem Verweis auf den „globalen Süden“ für das ausgewählte indonesische Kurator:innenkollektiv (Schormann 2022). Bezogen auf den Antisemitismus überzeugt aber gerade dies nicht. Der Aachener Antisemitismusforscher Stephan Grigat erkennt darin einen „delegierten Antisemitismus“ (Grigat 2022). Die allzu scharfe Attacke auf Israel traue man sich hierzulande nämlich nicht zu, daher delegiere man sie „an das, was man den globalen Süden nennt“. In gewisser Weise sei diese Zuschreibung sogar rassistisch. Zwar gebe es ebenso wie in Europa auch in Afrika oder Asien eine antisemitisch grundierte Israel-Feindschaft. Es gebe in diesen Regionen aber auch viele Menschen und Regierungen mit entgegengesetzten Positionen, so Grigat (2022).

Der Kern des Documenta-Skandals ist nicht in Indonesien zu suchen, sondern hier in Deutschland. Denn hier wird moderner (vor allem israelbezogener) Antisemitismus oftmals entweder nicht erkannt oder er wird geleugnet, relativiert und sogar als legitime Meinung oder Kunst verteidigt.

9 Documenta und die Folgen

Es geht beim Documenta-Skandal nicht um einzelne Bilder oder die Summe antisemitischer Botschaften auf der Documenta 15. Es geht vielmehr darum, dass Antisemitismus in einer mit öffentlichen Geldern geförderten Kunstschau mit dem Anspruch von Weltgeltung nicht nur Raum zugestanden wurde, sondern dass weder von der Leitung der Documenta noch seitens der Politik eindeutige Konsequenzen gezogen wurden. Obwohl das Problem im Vorfeld bekannt und prominent davor gewarnt worden war, gab es bis zum Abschluss der Documenta keine funktionierenden Verfahrensweisen für den Umgang mit antisemitischen Exponaten. Mehr noch: Die Reaktionen aus dem Kulturbetrieb, aber auch die von verantwortlichen Politiker:innen legen nahe, dass es bezogen auf Antisemitismus keinen gesellschaftlichen Konsens über notwendige Tabus gibt. Der Documenta-Skandal ist ein Seismograph für den Umgang mit Antisemitismus in Deutschland. Er offenbart, wie groß die Unkenntnis über antisemitische Stereotype ist, wie weit aber auch der gesellschaftliche Unwille verbreitet ist, Antisemitismus konsequent zu ächten.

Bereits im Vorfeld hatte etwa das Bündnis gegen Antisemitismus in Kassel vor der Auswahl der Künstler:innen durch die indonesischen Kurator:innen des Kollektivs Ruangrupa gewarnt. Auch andere Hinweise wurden ignoriert. „Im Januar hat

der Zentralrat der Juden bereits auf die Gefahr eines sogenannten israelbezogenen Antisemitismus auf der Documenta hingewiesen“, sagt dessen Präsident Josef Schuster. Die zuständige Staatsministerin für Kultur, Claudia Roth (Grüne), habe versichert, so etwas werde es nicht geben. Schuster äußerte seine Sorgen auch gegenüber Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Der Bundespräsident reagierte. Er bekannte sich in seiner Eröffnungsrede in Kassel zwar ausdrücklich zur Kunstfreiheit und zu unabhängigen Kurator:innen, aber er mahnte auch deren besondere Verantwortung an und warnte vor einem „leichtfertigen Umgang mit dem Staat Israel“ (Steinmeier 2022). Steinmeier kritisierte, dass keine israelischen Künstler:innen nach Kassel eingeladen wurden. Die Rede war ein Appell an die Leitung der Documenta, keinen Antisemitismus zuzulassen. Steinmeier empfahl, geeignete Strukturen zur Konfliktlösung zu schaffen. Der Bundespräsident scheiterte aber mit seinem Versuch, für die absehbaren antisemitischen Tabubrüche zu sensibilisieren und praktische Lösungen anzumahnen.

Das erwähnte Sammelbild „People’s Justice“ von Taring Padi wurde nach massiver Kritik zunächst verhängt, dann entfernt. Ein Soldat mit Davidstern und Schweinenase, auf dessen Helm „Mossad“ steht, ein reicher Bourgeois mit Schläfenlocken,

Hakennase, Raffzähnen und SS-Runen am Hut – es bedurfte der derben, entmenschlichenden Bildsprache des klassischen Antisemitismus, damit Konsequenzen gezogen wurden. Das indonesische Künstlerkollektiv entschuldigte sich zunächst nur für verletzte Gefühle, nicht aber inhaltlich. Die gewählte Bildsprache habe Menschen „beleidigt“. Man habe erkannt, dass diese „im historischen Kontext Deutschlands eine spezifische Bedeutung bekommen hat“ (Taring Padi 2022a). So als sei diese eindeutige Darstellung im indonesischen Kontext nicht als antisemitisch zu werten. Verletzte Gefühle seien gar nicht der Maßstab, kritisierte Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Antisemitismus keine Frage von Befindlichkeiten (Mendel 2022a). Im Verlauf der Documenta wurde überdeutlich, dass das kategorische Problem ungelöst blieb. Die Geschäftsführerin musste gehen. Der Antisemitismus blieb. Ebenso wie eine beklemmende Sprachlosigkeit.

Taring Padi versicherte: „Antisemitismus hat weder in unseren Gefühlen noch in unseren Gedanken Platz.“ Man sei daher „schockiert und traurig über die mediale Berichterstattung, die uns als antisemitisch bezeichnet“ (Taring Padi 2022a). Gleichwohl hat sich das Künstlerkollektiv danach zu eigener Verantwortung bekannt und Fehler eingeräumt. Bei der Entstehung des Werkes vor etwa 20 Jahren hätten die beteiligten Künstler:innen antisemitische Bildsprache aus Unwissenheit nicht als solche erkannt. Anstatt, wie beabsichtigt, die israelische Unterstützung für den Aufbau der indonesischen Militärdiktatur unter General Suharto abzubilden, sei seinerzeit

etwas gemalt worden, das an eine NS-Karikatur erinnert. Taring Padi nannte das einen Fehler und sprach von einem „Lernprozess“ innerhalb des Kollektivs (Taring Padi 2022b). In der Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis als respektvolle Künstler:innen und dem unbedarften Gebrauch antisemitischer Bildsprache lag die Chance, über Antisemitismus – zumal in linken, antirassistischen Kreisen – ins Gespräch zu kommen. Diese Chance wurde vertan. Eine konstruktive Debatte kam in der zunehmend aufgeheizten Situation nicht zustande. Unverstanden blieb vor allem, dass sich mitunter auch diejenigen antisemitisch verhalten oder artikulieren können, die keine überzeugten Antisemiten sind und selbst anderweitig gegen Diskriminierung kämpfen.

Es ist in erster Linie aufmerksamen Besucher:innen und der medialen Berichterstattung zu verdanken, dass weitere Fälle von Antisemitismus auf der Documenta bekannt wurden. So etwa die Bildserie „Guernica Gaza“ des palästinensischen Künstlers Mohammed Al-Hawajri, die eine Gleichsetzung israelischer Politik mit jener des Nationalsozialismus bereits im Titel nahelegt. Im spanischen Bürgerkrieg hatte die NS-deutsche Luftwaffe den Ort Guernica im Baskenland bombardiert.

Oder auch die Installation „Tokyo Reels Film Festival“ des Künstler-Kollektivs „Subversive Films“. Aufgrund der anhaltenden Kritik hatten die Gesellschafter der Kunstschau ein Fachgremium zur wissenschaftlichen Begleitung berufen. Dieses empfahl dringend, die Vorführung der in

dem Exponat gezeigten pro-palästinensischen Propagandafilme zu stoppen. Das Expertengremium begründet das damit, dass die Künstler:innen „Israelhass“ und „Glorifizierung von Terror“ durch eine unkritische Haltung in den beigefügten Kommentaren legitimierten. Diese schlage gar in offenen Antisemitismus um, wenn Israel ein „faschistischer Charakter“ unterstellt und der Vorwurf erhoben werde, „einen Genozid an den Palästinensern zu betreiben“ (zitiert nach documenta forum 2022). Die künstlerische Leitung stoppte die Vorführung trotzdem nicht. Im Gegenteil warfen die indonesischen Kurator:innen von Ruangrupa den Wissenschaftler:innen nach vorangegangenen Entschuldigungen nunmehr Rassismus vor. Die verbreitete Botschaft zeugt von einem trotzigem Abwehrreflex: „Wir sind wütend, wir sind traurig, wir sind müde, wir stehen zusammen“ (Ruangrupa 2022). Von Selbstkritik und einem Verständnis für jüdische Perspektiven keine Spur.

Aufsichtsrat und Gesellschafter:innen der Documenta bedauerten zwar die Weigerung, „Tokyo Reels“ nicht zu entfernen, akzeptierten aber die Entscheidung. Die sogenannte Findungskommission für die künstlerische Leitung erhob gar den Vorwurf der „Instrumentalisierung“ von Antisemitismus (Documenta 15, 2022). Letztlich wurde Antisemitismus mit einem falsch verstandenen Verständnis von Kunstfreiheit hingenommen. Einige Mitglieder des wissenschaftlichen Expertengremiums erhoben über die konkrete Kritik an einzelnen Werken hinaus den Vorwurf, die Documenta habe ein kuratorisches und organisatorisches Umfeld geschaffen, „das eine

antizionistische, antisemitische und israelfeindliche Stimmung zugelassen hat“. Eine der Kritikerinnen, Marina Chernivsky, bilanziert: „An der Documenta-Debatte merken wir, wie ahnungslos die Gesellschaft ist. Der Fall wurde öffentlich rückständig, mit einer ganz engen Definition von Antisemitismus, verhandelt.“ Anders gesagt: Es bedurfte einer uralten Bildsprache, um überhaupt Antisemitismus zu erkennen. Bei den moderneren Varianten fehlten offenbar sowohl die Sachkenntnis als auch der politische Wille, um konsequent dagegen vorzugehen.

Bezeichnend ist der Offene Brief des Kasseler Oberbürgermeisters Christian Geselle (SPD), den er mit dreien seiner Vorgänger veröffentlichte, darunter Ex-Bundesminister Hans Eichel (Stadt Kassel 2022). Darin begrüßen die Autoren zwar die Entfernung des Exponats „People’s Justice“, behaupten aber zugleich: „Die documenta fifteen wird durch diesen schweren Fehler in ihrer Gesamtheit aber nicht infiziert.“ Einen „Generalverdacht“ lehnen sie ab. Im Gegenteil verweisen die Autoren auf die „durchweg positive Bewertung der Ausstellung“ durch die Besucher:innen. Antisemitismus wird dadurch zu einer Frage persönlicher Meinungen verzweigt. Geselle und seine Vorgänger wiesen ausdrücklich die Forderung nach sofortigen Konsequenzen zurück. Die Zeit für Veränderungen sei nach dem Ende der Documenta und „nicht früher“. Die Erklärung liest sich so, als wollten sich die Verantwortlichen ihre schöne Documenta nicht kaputt machen lassen. Berechtigte Kritik war für die Autoren offenkundig schlimmer als der Antisemitismus selbst.

Wie kein anderer hat sich Professor Meron Mendel von der Bildungsstätte Anne Frank um Dialog mit der Documenta bemüht. Zusammen mit dem Team der Bildungsstätte betrieb er auf der Kunstschau wochenlang einen Infostand, um aufzuklären und mit Besucher:innen ins Gespräch zu kommen. Was er da erlebte, schildert Mendel in einem Artikel mit seiner Kollegin Julia Alfandari so: „Wir trafen auf Wut, Ignoranz und NS-Vergleiche“ (Alfandari/Mendel 2022). Immer wieder wurden sie gefragt, was denn an den entsprechenden Bildern überhaupt antisemitisch sei. Ein älterer Mann schrie, Anne Frank habe hier nichts zu suchen. Eine Seniorengruppe aus Kassel beklagte, dass wegen eines „kleinen antisemitischen Vorfalls“ die ganze Documenta kaputtgemacht werde. Viele Besucher:innen verglichen die Vorgänge mit dem Umgang der Nazis mit sogenannter entarteter Kunst. Ein gutbürgerlicher Besucher äußerte, Deutschland lasse sich von „seinen Juden“ geißeln. Ein Student sagte, angesichts der israelischen Politik müsse man sich über solche Bilder nicht wundern (Alfandari/Mendel 2022). Im Artikel stellen Alfandari und Mendel ernüchtert fest, dass der von ihnen gesuchte Dialog gescheitert ist. Das dafür notwendige gemeinsame Verständnis existiere nicht. Vielmehr wurde ihnen zu verstehen gegeben, unerwünscht zu sein. Viele Besucher:innen fühlten sich offenbar allein von dem Hinweis auf Antisemitismus gestört und provoziert oder nutzten die Situation als Ventil, um eigene Ressentiments zu verbreiten. Diese antisemitischen Reflexe aus der Mehrheitsgesellschaft spielten in der öffentlichen Wahrnehmung fast keine Rolle.

In seinem Abschlussbericht stellt das Fachgremium zur Begleitung der Documenta, dem auch Marina Chernivsky angehört, gravierende strukturelle Schwächen der Documenta-Leitung fest. Das Gremium kritisiert ein „Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit“, mit dem jegliche Übernahme von Verantwortung für Antisemitismus mit dem Hinweis auf die Unabhängigkeit der Kurator:innen abgewehrt wurde. Der sich anbahnende Konflikt um Antisemitismus sei auf „unzureichende Vorbereitungen“ getroffen. Klare „Verantwortungsstrukturen“ fehlten demnach ebenso wie „Verfahren der Konfliktbearbeitung“ (Gremium zur fachwissenschaftlichen Beratung der documenta fifteen 2023: 129 f.). Ein vernichtendes Zeugnis.

Die Bilanz des Documenta-Skandals ist auch deshalb so ernüchternd, weil die dringend notwendige Auseinandersetzung mit Antisemitismus von anderen Debatten überlagert wurde. Den „Vertreter:innen des globalen Südens“ ging es um Rassismus – ohne die notwendige Sensibilität für Antisemitismus. Eine fatale Folge der gescheiterten inhaltlichen Auseinandersetzung über die Documenta ist, dass Antirassismus und Antisemitismuskritik mehr denn je wie Gegensätze erscheinen. Positionen haben sich verhärtet. Beide Seiten fühlen sich unverstanden. Die international bekannte Künstlerin Hito Steyerl hatte sich wegen Kritik an deren Umgang mit Antisemitismus von der Documenta zurückgezogen. Bei einer Podiumsdiskussion beschrieb sie danach eindringlich, wie sie sich dazu gedrängt gefühlt hatte, sich für eines der beiden Lager

zu entscheiden: „Ich dachte: Das ist verrückt. Ich lebe im Land von Halle und Hanau. Ich lebe nicht im Land Halle oder Hanau. Und ich lebe erst recht nicht in dem Land von Halle gegen Hanau.“ Steyerl lehnt es ab, entweder exklusiv gegen Antisemitismus oder aber gegen Rassismus zu sein: „Das mache ich nicht mit“ (zitiert nach Bildungsstätte Anne Frank 2022b). Sowohl Antisemitismus als auch Rassismus begründen eine mitunter mörderische Praxis – wie die Terroranschläge von Halle/Saale und Hanau zeigen. Ein Entweder-Oder in einem intellektuellen Grabenkampf schadet letztlich allen Betroffenen – egal ob sie rassistische oder antisemitische Diskriminierung, Stigmatisierung, Ausgrenzung und Gewalt erfahren.

Im Feuilleton und in der öffentlichen Wahrnehmung drehte sich viel um Kunstfreiheit. „Ich

halte den Hinweis auf Kunstfreiheit für falsch“, sagt der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, Professor Samuel Salzborn. Bei Kunstfreiheit gehe es darum, ob Kunst frei erschaffen werden könne. „Aber es gibt keinen einzigen Grund, antisemitische Kunst mit öffentlichen Geldern zu fördern oder öffentliche Räume dafür bereit zu stellen.“ Der Kunst- und Kulturbereich sei „einer der heikelsten vorpolitischen Räume“ und für die politische Kultur enorm wichtig. Kultur erreicht auch Menschen, die politische Debatten ansonsten kaltlassen. Sie weckt Emotionen und bleibt in den Köpfen. Salzborn befürchtet: „Antisemitismus wurde durch diese Documenta derart massiv normalisiert und verselbständigt, dass wir die Rückschläge für die Antisemitismus-Prävention in den folgenden Jahren noch deutlich zu spüren bekommen werden.“

10 Gegen jeden Antisemitismus – mit aller Konsequenz!

Die Bundesregierung hat im November 2022 erstmals eine Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben (NASAS) vorgestellt. Der Plan definiert fünf zentrale Handlungsfelder: 1. Erstellung eines Lagebildes, 2. Prävention durch Bildung, 3. Erinnerungskultur, 4. Antisemitismusbekämpfung durch Repression und 5. Jüdische Gegenwart und Geschichte. Darüber hinaus werden drei Querschnittsaufgaben benannt: Die Betroffenenperspektive soll gestärkt, Strukturen aufgebaut und Digitalität berücksichtigt werden. Die Bundesregierung erklärt die Notwendigkeit, Antisemitismus gesellschaftlich wie staatlich aktiv entgegenzutreten: „Ein freiheitlich-demokratischer Staat ist darauf angewiesen, dass seine Gesellschaft auch solche menschenfeindlichen Inhalte bekämpft, die zwar zulässig, aber nicht legitim sind“ (Die Bundesregierung 2022: 9). Das Papier ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, markiert zunächst aber nur den Beginn eines überfälligen Prozesses, wie der in diesem Arbeitspapier vorgenommene Blick in die Praxis zeigt. Zudem kann diese nationale Strategie nur ein Anfang sein, da zentrale Kompetenzen für die geplanten Handlungsfelder bei der Polizei, der Justiz und den Schulen und somit bei den Ländern liegen.

In den vergangenen Jahren gab es durchaus relevante Bemühungen im Kampf gegen Antisemitismus. So entstand beispielsweise, gefördert vom Bundesministerium für Familie und Jugend,

das Kompetenznetzwerk Antisemitismus, in dem fünf erfahrene Akteur:innen wie die Bildungsstätte Anne Frank und das Berliner *Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment* ihr Know-how zur Prävention und antisemitismuskritischen Bildungsarbeit für die Bereiche Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft anbieten. Bundesweit gibt es nicht nur in Schulen und Kultureinrichtungen vielerorts Engagierte, sondern darüber hinaus auch zahlreiche Initiativen, Forschende und Vereine mit großer Expertise und Erfahrung. Doch gerade im wichtigen Bereich der politischen Bildung und Fortbildung hängt derzeit vieles von einzelnen Projekten ab, denen oftmals eine langfristige Absicherung fehlt. Das Wissen ist da, gute Ideen und Konzepte gibt es auch. Doch für den Bildungsbereich beklagt UEA-Mitglied Beate Küpper bundesweit „ein gravierendes Umsetzungsproblem“. Exemplarisch dafür steht das jahrelange Ringen um ein bundesweites Demokratiefördergesetz, das die zeitlich befristete Projektarbeit für Demokratieförderung und gegen Diskriminierung endlich durch eine langfristige finanzielle Absicherung und Planungssicherheit ablösen soll. Das Land Berlin ist in vielerlei Hinsicht Vorreiter in der Politik gegen Judenfeindschaft. Gleichwohl stellt Samuel Salzborn, Ansprechpartner des Landes zu Antisemitismus, fest: „So bitter die Erkenntnis ist: Wir stehen erst ganz am Anfang einer Professionalisierung im Kampf gegen Antisemitismus.“

So zeigt ein Blick auf Berlin beispielhaft Fortschritte, aber auch Leerstellen. Berlin war das erste Bundesland, das Antisemitismusbeauftragte bei Polizei und Staatsanwaltschaften eingesetzt hat. Für beide Berufsgruppen finden Fortbildungen zum Thema statt. Mit dem Projekt „Regishut“, was auf Hebräisch Sensibilisierung heißt, wird der Nachwuchs in den zentralen Ausbildungsstätten wie etwa der Polizei-Akademie geschult. Dieses Programm absolviert auch der Objektschutz für jüdische Einrichtungen. Denn bei antisemitischen Vorfällen reagierte das Sicherheitspersonal immer mal wieder unangemessen. In Berlin wurde zudem ein Leitfaden zur besseren Erfassung antisemitischer Straftaten entwickelt, der bereits in der Praxis eingesetzt wird. Basierend auf der IHRA-Arbeitsdefinition soll er die Beamt:innen in die Lage versetzen, die verschiedenen Formen von Antisemitismus zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Obwohl das Land Berlin also versucht, massiv die Aus- und Fortbildung zu verbessern, kritisiert beispielsweise die Monitoringstelle RIAS, dass innerhalb der Polizei immer noch große Unkenntnis über modernen Antisemitismus herrscht. Auch der zweite Bericht des unabhängigen Expert:innenkreises des Bundes UEA stellte 2017 eine „Vermeidungsstrategie“ bei der Polizei fest. Selbst bei einem offensichtlichen politischen Tatmotiv werde häufig auf einen nicht politischen Hintergrund verwiesen (BMI 2017: 30 ff.). „Sensibilisierung ist ein entscheidender, aber langwieriger Prozess“, sagt Salzborn. Allein in Berlin gibt es etwa 26.000 Polizeibedienstete. Es dauert, bis das Wissen in allen Behörden an-

kommt. Und erst recht, bis es die eingeschliffene Praxis verändert.

Im Bereich der Justiz hat die Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft neben anderen dafür gesorgt, dass für Berlin ein grundsätzliches öffentliches Interesse an der Verfolgung antisemitischer Straftaten sichtbar wird. Damit eine judenfeindliche Straftat verfolgt wird, muss sie also nicht erst angezeigt werden. Als Konsequenz aus der NSU-Mordserie können Antisemitismus und Rassismus nun bei einem Gerichtsurteil strafverschärfend wirken, wenn sie denn als Tatmotive festgestellt werden. Das sind wichtige formale Rahmenbedingungen, die aber nicht ausreichen.

Denn es gibt, das wurde im Kapitel zur Erfassung antisemitischer Straftaten deutlich, eindeutige Hinweise von RIAS und aus der jüdischen Community, dass viele Betroffene antisemitische Straftaten entweder gar nicht anzeigen oder das judenfeindliche Motiv bei Ermittlungen nicht erkannt oder sogar ignoriert wird. RIAS-Referentin Bianca Loy sieht „noch viele Leerstellen bei der Strafverfolgung“. Viele Betroffene machten die Erfahrung, „dass ein Vorfall eher bagatellisiert und kleingeredet wird“. Historisch wirkte bei Betroffenen nach, dass Polizei und Justiz intensiv in die Judenverfolgung zur NS-Zeit eingebunden waren, erklärt Samuel Salzborn. Es sei daher aus jüdischer Perspektive durchaus berechtigt, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen immer wieder infrage stehe. Die Sicherheitsbehörden sind insofern nicht nur gefordert, systematisch und flächendeckend alle Hierarchie-Ebenen über moderne Formen

des Antisemitismus zu schulen, sondern auch das Vertrauen in den jüdischen Communities zu stärken.

Üblicherweise erreichen Fortbildungen derzeit vor allem Führungskräfte, die als Multiplikator:innen wirken sollen. In einem Modellprojekt in Lichtenberg schult das Land Berlin mittlerweile auch untere Dienstgrade. Über die Sicherheitsbehörden hinaus muss bundesweit die zivilgesellschaftliche Infrastruktur mit Beratungsstellen und Hilfsangeboten für Betroffene weiter ausgebaut werden. Zum Status Quo gehört ein Dunkelfeld, das das offizielle Rekordniveau antisemitischer Straftaten mutmaßlich weit übersteigt und jüdisches Leben massiv einschränkt. Jüdinnen und Juden verzichten mitunter darauf, ihren Glauben offen zu leben oder ziehen sich zurück, wenn der Hass analog und digital infolge antisemitischer Mobilisierungen wieder Hochkonjunktur hat.

Wie notwendig etwa Fortbildungen in der Justiz sind, zeigt ein Fall aus Niedersachsen. Bei einer Demonstration in Braunschweig hat ein Rechtsextremist im November 2020 anwesenden Journalist:innen zugerufen: „Judenpresse, Judenpack, Feuer und Benzin für euch.“ Die Staatsanwaltschaft Braunschweig entschied jedoch nach einer intensiven Prüfung, dies nicht als Volksverhetzung zu verfolgen. Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert zur Begründung aus einem internen Bescheid, wonach sich nicht belegen lasse, dass der Ausruf nicht nur gegen die Medienleute, sondern auch „ganz allgemein gegen die

in Deutschland lebenden Juden“ gerichtet sei. Schließlich dürfte es sich bei den Betroffenen nicht um Juden gehandelt haben (Steinke 2023). Die Begründung der Behörde zeugt von erschreckender Ahnungslosigkeit. Zum einen können auch nichtjüdische Menschen antisemitisch beleidigt werden. Zum anderen ist überhaupt keine öffentliche Situation denkbar, in der die Schmähung „Judenpack“ nicht alle hier lebenden Jüdinnen und Juden herabwürdigt – überdies zum Hass aufstachelt und den öffentlichen Frieden gefährdet, wie es Paragraph 130 StGB beschreibt. Dass ein derart hetzerischer Antisemitismus von einer deutschen Staatsanwaltschaft heutzutage immer noch nicht erkannt und verfolgt wird, ist ein Alarmsignal.

Im Bereich der Prävention ist politische Bildung in Schulen und Hochschulen von zentraler Bedeutung. Die Kultusministerkonferenz hat im Jahr 2021 mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der *Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten* eine gemeinsame Empfehlung mit konkreten Vorschlägen für antisemitismuskritische Bildung beschlossen. Professorin Beate Küpper hat mit dem zweiten Expertenkreis des Bundes 2017 diverse Handlungsempfehlungen an die Politik formuliert. Sie kritisiert, dass es die Kultusministerkonferenz seither versäumt habe, den Schulen konkrete Vorgaben zu machen: „Die zuständigen Gremien und Abläufe gilt es auch gegen Antisemitismus einzusetzen. Da brauchen wir gar keine neuen Wege.“ Das Problem sei die Umsetzung: „Wir reden jetzt seit zwanzig Jahren über einen verstärkten Kampf gegen Antisemitismus.“

Bisher sehe ich nicht, dass dafür in den regulären Bildungseinrichtungen Schule, Berufsschule und Hochschule irgendein Raum geschaffen worden wäre.“ Das harte Urteil beinhaltet die deutliche Aufforderung an die Regierungen in Bund und Ländern, endlich zu handeln.

Wie wichtig konkrete Vorgaben sind, macht das Land Berlin vor. Dem Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft wurde ein neuer Paragraph hinzugefügt, der die Hochschulen verpflichtet, gegen antisemitische Diskriminierung vorzugehen. Konkret müssen beispielsweise das Beschwerde-Management angepasst und Zuständigkeiten und Abläufe geregelt werden. Studierende können nun auch dagegen vorgehen, wenn an hohen jüdischen Feiertagen Prüfungen angesetzt werden. Darüber hinaus sind die Universitäten angehalten zu prüfen, wie das Thema Antisemitismus in Studienordnungen und Lehrmodulen verankert werden kann. Samuel Salzborn hat als Ansprechpartner Berlins mit den Präsidien der Hochschulen nach praktischen Lösungen gesucht. In den Sozialwissenschaften lässt sich das Thema gut integrieren. Bei technischen Hochschulen werden entsprechende Inhalte in die Grundausbildung eingefügt. „Es gibt aber auch kreative Ideen“, sagt Salzborn. So ließen sich sogar bei Themen wie ‚Technikgeschichte‘ Verweise auf Antisemitismus integrieren. Salzborn plädiert dafür, Antisemitismus nicht länger nur als mühsame Graswurzelarbeit von unten anzusehen: „Es bleibt auch eine top-down-Verpflichtung mithilfe gesetzlicher Vorgaben und Zuständigkeiten.“

Prävention gegen Antisemitismus kann allerdings nur erfolgreich sein, wenn sie nicht auf Schulen und damit junge Menschen beschränkt bleibt. Im Gegenteil betrifft Antisemitismus alle gesellschaftlichen Bereiche und muss daher auch überall zurückgedrängt werden: in Behörden, bei Polizei und Bundeswehr, in Vereinen, Betrieben, Medien, Organisationen und in den Köpfen derer, die dort und anderswo arbeiten und leben. Beate Küpper empfiehlt, moderne Strategien des „Onboarding“ zu nutzen. Darunter versteht sie ein „verpflichtendes, gemeinsames Thematisieren von Antisemitismus in einer Institution“. Idealerweise nicht als einmalige Weiterbildung, sondern als kontinuierlicher Prozess, in dem nicht nur Grundlagenwissen vermittelt, sondern auch miteinander besprochen wird, wo und wie Antisemitismus im eigenen Arbeitsalltag eine Rolle spielt und wie Mitarbeitende damit umgehen können. „Jeder gesellschaftliche Bereich hat unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Wissensbestände, die es zu berücksichtigen gilt“, sagt Marina Chernivsky, Leiterin des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment. Sie fordert eine flächendeckende Aus- und Weiterbildung in allen Verwaltungsbereichen. „Inhaltlich muss die Auseinandersetzung mit den relevanten Formen des Gegenwarts-Antisemitismus erfolgen.“ Die vorherrschende Haltung in deutschen Institutionen ist derzeit: Ja, es gibt Antisemitismus, aber nicht bei uns. Diese Abwehrreaktion gilt es aufzubrechen. Nur wenn das gelingt, kann sich etwas ändern. Chernivsky fordert zudem eine Professionalisierung der Bildungs-

angebote: mit eigener Methodik, Didaktik und Qualitätssicherung. Dafür muss ein Lagebild für alle Bereiche erarbeitet werden. Es braucht also flächendeckend belastbare Studien.

Kurskorrekturen braucht es nicht erst seit der Documenta 15 auch im Kulturbetrieb, der maßgeblich das gesellschaftliche Klima und grundlegende Normen prägt. Bezeichnend ist, wie hierzulande auf die antisemitischen Witze der österreichischen Kabarettistin Lisa Eckhart reagiert wurde. Eckhart hat beispielsweise die #Metoo-Debatte über sexuellen Missbrauch aufgegriffen und auf der Bühne die Prominenten Harvey Weinstein, Woody Allen und Roman Polanski als Juden herausgestellt. In einem Artikel in der *Jüdischen Allgemeine* zitiert Philip Engel aus Eckharts Programm: „Am meisten enttäuscht es von den Juden. Da haben wir immer gegen den Vorwurf gewettert, denen ginge es nur ums Geld, und jetzt plötzlich kommt raus: denen geht’s wirklich nicht ums Geld, denen geht’s um die Weiber, und deshalb brauchen sie das Geld“ (zitiert nach Engel 2020). Diese offen antisemitischen Stereotype vom reichen, sexgeilen Juden verknüpft Eckhart mit Reparationszahlungen, also mit dem Holocaust: „Es ist ja wohl nur gut und recht, wenn wir den Juden jetzt gestatten, ein paar Frauen auszugreifen. Mit Geld ist ja nichts gutzumachen. Den Juden Reparationen zu zahlen, das ist, wie [...] Mateschitz ein Red Bull auszugeben“ (zitiert nach Engel 2020). Der WDR, der Eckharts Programm übertragen hatte, verstieg sich nach öffentlicher Kritik zu der Aussage, die Künstlerin wolle lediglich „Vorurteile schonungslos entlarven“ (zitiert nach RND 2020).

Auch im deutschen Feuilleton wurde der unverhohlene Antisemitismus verteidigt. Eckhart gehe es darum, dem Publikum mithilfe einer Kunstfigur den Spiegel vorzuhalten. Aber Eckharts Antisemitismus entlarvt niemand anderen als sie selbst. Ihr Humor macht Juden verächtlich. Die reproduzierten antisemitischen Stereotype sollen Lacher provozieren. Ein Beispiel: „Wieso sind in Sachen Humor die Juden den Frauen zwei Nasenlängen voraus?“ (zitiert nach Funk 2021). Diese Anspielung greift auf ein Stereotyp von NS-Karikaturen zurück, in denen Jüdinnen und Juden üblicherweise mit langen Nasen dargestellt wurden. Lisa Eckhart hat den primitiven Judenwitz im deutschen Sprachraum wieder salonfähig gemacht.

Im Fall Eckhart ist nicht nur eine große kulturelle Koalition zur Verteidigung des Tabubruchs und der Kunstfreiheit gegen eine behauptete „Cancel Culture“ festzustellen. Vielmehr wirkten hier menschenverachtende Grenzverletzungen sogar als Karriere-Sprungbrett. Den medialen Debatten folgten Einladungen in die renommierten ZDF-Kultursendungen „Aspekte“ und „Das Literarische Quartett“. Eckhart wird als mutiger Freigeist und furchtlose Provokateurin gefeiert. Beschämenderweise blieb es den Antisemitismusbeauftragten und wenigen Kritiker:innen wie dem jüdischen Schriftsteller Maxim Biller vorbehalten, den Antisemitismus von Eckhart offen beim Namen zu nennen und hart zu kritisieren (Biller 2020). Im deutschen Kulturbetrieb ist ein Lernprozess nötig, um zu begreifen, dass Kunstfreiheit kein Anrecht begründet, öffentlich Antisemitismus verbreiten zu dürfen. Das

zeigt der Documenta-Skandal genauso wie der Fall Eckhart. Wer offenem Antisemitismus eine Bühne bietet wie die Documenta oder der öffentlich-rechtliche Sender WDR, leistet einer gefährlichen Normalisierung Vorschub.

Auch in der politischen Kultur darf es null Toleranz für Antisemitismus geben. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen (CDU), hat in einem kulturpessimistischen, verschwörungstheoretischen Essay die Gefahr durch sogenannte Globalisten heraufbeschworen: „Die sozialistischen und die globalistischen Kräfte scheinen sich verbündet zu haben“ (Maaßen/Eisleben 2021). Der Begriff „Globalisten“ gilt als antisemitisch lesbarer Code und gehört zum festen Repertoire des rechten Antisemitismus nach 1945 (Salzborn 2019: 64–82). Er behauptet mächtige, weltweit agierende Akteur:innen, die wurzellos die Auflösung der regional verwurzelten Völker und Kulturen betreiben. Der Thüringer Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer befand, Maaßen verwende mit mehrdeutigen Begriffen „klassische antisemitische Stereotype“ (zitiert nach Jansen/Fröhlich 2021). Aus der CDU erhielt Maaßen im Zuge seiner Kandidatur für den Bundestag hingegen Rücken- deckung, auch aus der Parteiprominenz. So konnte beispielsweise Kanzlerkandidat Armin Laschet keinen Antisemitismus erkennen. Derart bestärkt legte Maaßen nach und twitterte im verschwörungsideologischen Sound über das angebliche Wirken der „treibenden Kräfte im politischen-medialen Raum“. Deren Stoßrichtung sei: „Eliminatorischer Rassismus gegen

Weißer und der brennende Wunsch das [sic!] Deutschland verrecken möge.“ Der Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Professor Jens-Christian Wagner, bewertet Maaßens Tweet als eine Anspielung auf den Holocaust-Forscher Daniel Goldhagen, der den Begriff des „eliminatorischen Antisemitismus“ für NS-Deutschland geprägt hat. Damit setze Maaßen einen angeblichen Rassismus gegen Weiße mit den NS-Verbrechen gleich. Wagner bezeichnet das als „klassische rechtsextreme Schuldumkehr“. Maaßen hält er „für eine demokratische Partei nicht tragbar“ (Wagner 2023). Doch allzu lange stand ein Ausschluss Maaßens aus der CDU trotzdem nicht zur Debatte. So zeigt auch die Causa Maaßen wieder einmal, dass die demokratischen Grenzen im politischen Diskurs nicht konsequent gezogen werden. Die Gründe dafür sind kategorische Unwissenheit, aber auch falsch verstandene Toleranz gegenüber modernen antisemitischen Ausdrucksformen, zumal wenn mehrdeutige Codes und Anspielungen verwendet werden.

Ein zentraler Pfeiler im Kampf gegen Antisemitismus bleibt die deutsche Erinnerungskultur. „Ich halte eine ritualisierte Gedenkkultur bei aller Kritik für sinnvoll und richtig“, sagt der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster. Am 9. November an die reichsweiten Pogrome mit brennenden Synagogen zu erinnern oder am 27. Januar den Opfern der Shoah zu gedenken habe einen wichtigen gesellschaftlichen Effekt. Es dürfe aber nicht sein, dass die Erinnerungskultur nach solchen Gedenktagen „für ein Jahr in die Kiste gepackt

wird“, so Schuster. UEA-Mitglied Marina Chervinsky kritisiert eine „Erstarrung in der Erinnerungskultur mit dem Gebrauch von Floskeln“. Es habe viele Jahrzehnte gedauert, bis die „Verwicklung und Verstrickung der deutschen Gesellschaft in die Shoah überhaupt thematisiert wurden“. Die Nachkommen seien heutzutage gefragt, im Gedenken die Distanz zu den eigenen Familienerzählungen zu überwinden: „Sonst bleibt unklar, wer erinnert sich an was und wofür.“ Der Fachbegriff für diese kollektive Verdrängung lautet: Schuldabwehr. Das monströse Menschheitsverbrechen darf demnach nichts mit der eigenen Familie zu tun haben. Dieses Phänomen ist gut erforscht. Die sogenannten MEMO-Studien untersuchen seit 2017 mit repräsentativen Umfragen den deutschen Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus. Ein wichtiger Befund: Nachfolgende Generationen erinnern ihre Groß- und Urgroßeltern unverhältnismäßig selten als Täter:innen, Zuschauer:innen oder Profiteur:innen, welche zwischen 1933 und 1945 die Entrechtung und Verfolgung von Menschen entweder betrieben haben oder zumindest geschehen ließen. Stattdessen sehen die Nachgeborenen hierzulande ihre Vorfahren hingegen auffällig häufig als Opfer oder deren Helfer:innen. In den Familien der Mehrheitsgesellschaft bleibe die Erinnerung an Täterschaft im Nationalsozialismus trotz aller erinnerungspolitischen Anstrengungen „verdrängt oder verzerrt“, so die Autor:innen (Papendick et al. 2022: 24). Psychologisch mag dieser Bewältigungsmechanismus verständlich sein. Im Ergebnis verhindert er eine ernsthafte und umfas-

sende Auseinandersetzung mit antisemitischer Geschichte und Gegenwart.

Bei allen politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der deutschen Demokratie nach 1945 und nach 1989 bleibt klar: Deutschland trägt weiterhin das schwere Erbe der Shoah und einer langen, unheilvollen Tradition des Antisemitismus. Erst nach und nach wird die Lebensleistung historischer Persönlichkeiten wie Martin Luther auch mit deren Antisemitismus verknüpft. Das ist wichtig, aber nicht ausreichend. „Wir müssen das Thema in die eigenen Familien und Köpfe reinholen und die Bereitschaft entwickeln, uns damit auseinanderzusetzen“, sagt Sozialpsychologin Küpper. Erst wenn wir gesellschaftlich das Tabu eigener familiärer Erbschaften überwinden und über „das Eingemachte“ zu sprechen beginnen, könnten konkrete Maßnahmen der politischen Bildung und Veränderungen innerhalb der Institutionen überhaupt greifen.

Diese Bereitschaft gilt es gegen alle Widerstände und Akteur:innen zu fördern, die einen Schlussstrich ziehen wollen. Die vielleicht wichtigste Erkenntnis lautet: Antisemitismus ist ein Demokratieproblem, weil er die Grundlagen demokratischer Gesellschaften zerstört – darunter die Freiheit „ohne Angst verschieden sein zu können“, um eine Redewendung von Adorno zu verwenden. Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen, bedeutet, jüdische Erfahrungen und Perspektiven ernst zu nehmen. Aber natürlich ist Antisemitismus nicht nur ein Problem für

Jüdinnen und Juden und es ist auch nicht ihre Aufgabe, es zu lösen. Dem Nationalsozialismus ging eine viele Jahrhunderte lange antisemitische Prägung der Gesellschaft voraus. Antisemitismus war am Vorabend der NS-Herrschaft zu einem „kulturellen Code“ geworden, der über Parteigrenzen und gesellschaftliche Milieus hinweg zerstörerisch wirkte. So hat es die israelische Politologin Shulamit Volkov beschrieben (Volkov 2000). Antisemitische Prägung erfolg-

te durch Literatur, Kunst und politische Kultur. Dieses ideologische Gift konnten die Nationalsozialisten dann für ihren fanatischen Vernichtungswillen nutzen. „Nie wieder“ muss heißen zu verhindern, dass Antisemitismus jemals wieder zu einem mörderischen gemeinsamen Nenner werden kann. Und dazu gehört eben auch, den alltäglichen Antisemitismus in den Köpfen, den Behörden und Institutionen endlich besser zu bekämpfen.

11 Epilog: Von offenen und verschlossenen Türen

Sonntag, 9. Oktober 2022. Unter einem strahlend blauen Himmel spielen zwei Musiker mit Geige und Kontrabass eine aufwühlende Melodie. Die Gäste stehen dicht gedrängt im Hinterhof der Hal-lenser Synagoge. Einige Männer tragen die Kip-pa. Niemand spricht. Fotograf:innen und Kamera-teams warten auf die Redner:innen. Es ist der drit-te Jahrestag des rechten Terroranschlags. Vor drei Jahren hatte der Rechtsterrorist Stephan B. hier versucht, in die Synagoge einzudringen, um ein Massaker an Jüdinnen und Juden zu verüben, die dort den höchsten jüdischen Feiertag begingen: Jom Kippur. Nachdem es ihm nicht gelang, in die Synagoge zu gelangen, ermordete der Rechtster-rorist die Passant:innen Jana L. und Kevin S. und verletzte weitere Menschen, bevor er schließlich festgenommen wurde. Die Holztür der Synagoge, die der Täter mit seinen Waffen seinerzeit nicht überwinden konnte, hat eine Künstlerin mittler-weile zu einem Kunstwerk verarbeitet, das heute im Hof der Synagoge vorgestellt wird: die Tür mit den Kerben der Einschüsse, eingefasst von zwei dicken Ästen einer Eiche in einem Bett aus wei-ßen Steinen. Das Mahnmal steht an diesem Ge-denktag hinter einem Kerzenständer neben dem Redner:innenpult. Immer wieder war nach dem Anschlag von dieser Tür die Rede. Fast schien es, als brauche die Öffentlichkeit inmitten des Terrors einen Helden – und sei es nur eine stabile Tür.

Dann tritt der Vorsitzende der jüdischen Ge-meinde von Halle, Max Privorozki, ans Pult

und spricht bewegende Worte der Trauer. Nach ihm spricht der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU) von ei-ner „Zäsur“, die unser Land verändert habe: „Es gab eine Zeit vor und es gibt eine Zeit nach dem 9. Oktober 2019.“ Nach diesem Tag könne es keine Relativierungen und kein „ja, aber ...“ mehr geben: „Es muss klar geworden sein, wel-che Gefahren vom Rechtsextremismus für un-ser Land ausgehen.“ Das Attentat dürfe nicht als Tat eines „isolierten Einzeltäters“ betrach-tet werden. Vielmehr sei der Terroranschlag Ausdruck einer im Rechtsextremismus „weit verbreiteten gewalttätigen Judenfeindschaft“. Wohltuend deutliche Worte des Ministerpräsi-denten.

Der Bürgermeister von Halle, Egbert Geier, re-det danach über notwendige Konsequenzen. Seiner kurzen Rede ist ernsthaftes Bemühen anzumerken. Er verzichtet auf Floskeln, aber sein Leitmotiv sind ausgerechnet Türen. Geier sagt durchaus Bemerkenswertes an diesem Tag. Dass Türen und alle physischen Bollwerke als Schutz nicht ausreichen, sondern dass unsere Werte und Einstellungen „das wichtigste und stabilste Bollwerk“ seien. Je vielfältiger die offe-ne Gesellschaft, umso schwächer seien Stereo-type ausgeprägt. Seine Ansprache lässt sich als ernsthaftes Plädoyer für eine offene Gesellschaft und die Notwendigkeit permanenter Aushand-lungsprozesse verstehen.

Doch wie unter einem Brennglas sprechen aus den Worten des Bürgermeisters auch die typischen Unsicherheiten, Missverständnisse und Unschärfen der Debatten um Antisemitismus. Für die Radikalisierung des Täters macht das Stadtoberhaupt vorrangig die soziale „Abgeschiedenheit und Anonymität des Internets“ verantwortlich. Das ignoriert zum einen, dass auch die digitalen Hass-Kammern soziale Räume sind und zum anderen die Rolle des persönlichen Umfelds des Täters. Die Nebenkläger haben im Prozess gegen den Attentäter eindringlich darauf hingewiesen. Wenn Geier darüber hinaus die Notwendigkeit von gesellschaftlichem „Austausch“ und „Dialog“ betont, wird nicht klar, wer da eigentlich mit wem worüber reden soll. Die jüdische Gemeinde mit allen anderen? Aber mit wem? Und warum ist bei dem von Geier angeregten „Mehr an gesellschaftlichem Austausch“ eigentlich die jüdische Gemeinde gefragt? Geier behauptet, der „hässlichen Fratze des Rassismus“ könnten wir nur „im offenen Dialog in einer offenen Gesellschaft“ entgegentreten. Viel sinnvoller als ein diffuser „Dialog“, der mantrahaft beschworen wird, ist aber die strikte Ächtung von Rassismus und Antisemitismus. Menschenverachtung darf eben nicht Teil des demokratischen Diskurses sein. Erst durch eine konsequente Haltung, die Menschenfeinden Grenzen setzt, signalisiert die Mehrheitsgesellschaft der jüdischen Community: Ihr gehört untrennbar zum „Wir“. Und dieses „Wir“ lässt nicht zu, dass Minderheiten als fremd, anders und nicht zugehörig stigmatisiert werden.

Die Diskrepanz zwischen dem gut gemeinten Anspruch des Bürgermeisters und seinen miss-

verständlichen Botschaften zeigt sich überdeutlich im Leitmotiv der Türen. „Unsere Antwort auf dieses schreckliche Verbrechen darf nicht die Abschottung, die geschlossene Tür sein“, so Geier. Ja, die verschlossene Tür der Synagoge habe im Oktober 2019 Menschenleben gerettet. Gleichwohl solle man sich vor Augen führen, „was wir für die Zukunft brauchen: Offene Türen“. Damit endet die Rede des Bürgermeisters.

Es folgt kein Wort darüber, wie wir dahin kommen. Kein Wort über die Zumutung, dass jüdisches Leben in Deutschland nach dem Holocaust gegen Angriffe gesichert und geschützt werden muss, damit es überhaupt existieren kann. Kein Wort darüber, dass wir in der Pflicht stehen, das zu ändern. Dass offene Türen hierzulande derzeit für viele Jüdinnen und Juden in jüdischen Einrichtungen eine unrealistische, ja gefährliche Wunschvorstellung sind. Dem Ziel, auch in Synagogen und jüdischen Gemeindezentren mit offenen Türen leben zu können, kann die Gesellschaft überhaupt nur näherkommen, wenn der Kampf gegen Antisemitismus entschlossen und erfolgreich geführt wird – in allen gesellschaftlichen Bereichen. Diese Botschaft wäre so wichtig im politischen Diskurs: Wir werden alles dafür tun, damit Jüdinnen und Juden in Zukunft frei, offen und sicher leben können. Unbedarfte Rufe nach offenen Türen wirken dagegen nach dem Terroranschlag von Halle geradezu zynisch. Das Gedenken macht deutlich: Es ist ein langer, schwieriger Weg. Wir stehen – so erschreckend es ist, dies festzustellen – immer noch oder wieder erst ganz am Anfang.

Literaturverzeichnis

AJC (American Jewish Committee) (Hrsg.) (2021): Die Mobilisierung des Ressentiments – Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD, Berlin. Text abrufbar unter: https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC_AfD-Broschuere_final_digital.pdf (Zugriff am 20.03.2023).

Alfandari, Julia / Mendel, Meron (2022): Antisemitismus auf der Documenta – Die bittere Bilanz des Scheiterns. Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* am 04.09.2022. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-antisemitismus-meron-mendel-1.5650769?reduced=true> (Zugriff am 20.03.2023).

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2022): Hetzschrift in Telegram-Gruppe verbreitet. Text abrufbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/hetzschrift-in-telegram-gruppe-verbreitet/> (Zugriff am 20.03.2023).

Amnesty International (2022): Fragen und Antworten zum Bericht „Israel’s Apartheid against Palestinians“. Text abrufbar unter: <https://www.amnesty.de/informieren/fragen-und-antworten-zum-bericht-israels-apartheid-against-palestinians> (Zugriff am 20.03.2023).

Baier, Jakob (2021): Antisemitismus in der BDS-Kampagne. Text abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/328693/antisemitismus-in-der-bds-kampagne/> (Zugriff am 20.03.2023).

BDS (2005): Der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu BDS. Text abrufbar unter: <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/> (Zugriff am 20.03.2023).

Bbeauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus (Hrsg.) (o.J.): Was ist Antisemitismus? Text abrufbar unter: <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Web/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/was-ist-antisemitismus/was-ist-antisemitismus-node.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Bernstein, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland – Befunde, Analysen, Handlungsoptionen. Weinheim: Beltz Juventa.

Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.) (2022a): Antisemitismus in der Kunst – Podium zur documenta in Kassel am 29.06.2022. Aufzeichnung abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=T-GJ1GzmBiY> (Zugriff am 23.03.2023).

Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.) (2022b): Podiumsdiskussion „Kunst & Kontext“. Von der Mbembe-Debatte bis zur documenta fifteen: Der Kunst- und Kulturbetrieb zwischen Antisemitismuskritik und Postkolonialismus. Aufzeichnung vom 20.09.2022 abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=JLIYF6WYuQU> (Zugriff am 20.03.2023).

Biller, Maxim (2020): Die Truppenbetreuerin beim ZDF. In: *Süddeutsche.de* vom 02.12.2020. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/medien/antisemitismus-zdf-kultur-literarisches-quartett-1.5134635?reduced=true> (Zugriff am 20.03.2023).

BMI (Bundesministerium des Innern) (Hrsg.) (2017): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Zweiter Bericht des Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, Berlin. Text abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf;jsessionid=325B2DD42A84F189B02EB-4237199F0A9.1_cid322?__blob=publicationFile&v=11 (Zugriff am 20.03.2023).

BMI (Bundesministerium des Innern und für Heimat) (Hrsg.) (2022a): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Bundesweite Fallzahlen, Berlin. Text abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Zugriff am 20.03.2023).

BMI (Bundesministerium des Innern und für Heimat) (Hrsg.) (2022b): Politisch motivierte Kriminalität erreichte im Jahr 2021 neuen Höchststand: Steigerung um mehr als 23 Prozent. Pressemitteilung vom 10.05.2022. Text abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/05/pmk2021.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Brumlik, Micha (2020): Für ein „multidirektionales“ Erinnern – Der Beitrag Michael Rothbergs. Text abrufbar unter: <https://www.textezurkunst.de/de/articles/micha-brumlik-fur-ein-multidirektionales-erinnern-der-beitrag-michael-rothbergs/> (Zugriff am 20.03.2023).

Brumlik, Micha (2022): Postkolonialer Antisemitismus? Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger. Hamburg: VSA Verlag.

Cheema, Saba-Nur / Mendel, Meron (2020): Leerstelle Antisemitismus. In: *taz* am 25.4.2020. Text abrufbar unter: <https://taz.de/Postkoloniale-Theoretiker/!5678482/> (Zugriff am 20.03.2023).

Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2019): Bundestag verurteilt Boykottaufrufe gegen Israel. Text abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892> (Zugriff am 20.03.2023).

Deutschlandfunk Kultur (2022): documenta zeigt den „Blick des globalen Südens“. In: *Deutschlandfunkkultur.de* am 16.06.2022. Text abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/documenta-zeigt-den-blick-des-globalen-suedens-102.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Die Bundesregierung (Hrsg.) (2022): Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben. Text abrufbar unter: https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/nasas.pdf;jsessionid=3BACDA257009191B208AC66EA5811A51.2_cid332?__blob=publicationFile&v=5 (Zugriff am 20.03.2023).

Documenta 15 (Hrsg.) (2022): Statement der Findungskommission. Pressemitteilung vom 15.9.2022. Text abrufbar unter: <https://documenta-fifteen.de/pressemitteilungen/statement-der-findungskommission/> (Zugriff am 20.03.2023).

documenta forum Kassel e.V. (Hrsg.) (2022): Presseerklärung des Gremiums zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen vom 10.09.2022. Text abrufbar unter: <https://documentaforum.de/presseerklaerung-des-gremiums-zur-fachwissenschaftlichen-begleitung-der-documenta-fifteen/> (Zugriff am 20.03.2023).

Engel, Philip Peyman (2020): „Judenhass unter dem Deckmantel der Satire“. In: *Jüdische-Allgemeine.de* am 04.05.2020. Text abrufbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/judenhass-im-deckmantel-der-satire/> (Zugriff am 20.03.2023).

FRA (European Union Agency for Fundamental Rights) (2018): Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate against Jews in the EU. Luxemburg: Publications Office of the European Union.

Antisemitismus

Funk, Harry (2021): Huch, ich hab' schon wieder einen antisemitischen Witz gemacht. In: *BR.de* am 12.11.2021. Text abrufbar unter: <https://www.br.de/nachrichten/kultur/huch-ich-hab-schon-wieder-einen-antisemitischen-witz-gemacht,TJZLoVO> (Zugriff am 20.03.2023).

Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen (2023): Abschlussbericht. Abrufbar unter: <https://www.documenta.de/de/news#news/3089-aufarbeitung-documenta-fifteen-gesellschafter-legen-abschlussbericht-der-fachwissenschaftlichen-begleitung-vor> (Zugriff am 20.03.2023).

Grigat, Stephan (2022): Antisemitismus auf der documenta: „Es geht nicht nur um ein Bild“. Interview im *NDR* am 24.06.2022. Abrufbar unter: <https://www.ndr.de/kultur/kunst/Antisemitismus-auf-der-documenta-Es-geht-nicht-nur-um-ein-Bild-,documenta214.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Grumke, Thomas (2017): Globalisierte Anti-Globalisten – was Rechtsextremisten überall auf der Welt gemeinsam haben. Text abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/246894/globalisierte-anti-globalisten-was-rechtsextremisten-ueberall-auf-der-welt-gemeinsam-haben/> (Zugriff am 20.03.2023).

Heer, Hannes (2020): Die Wehrmacht und der Holocaust auf freiem Feld. Interview in *Deutsche Welle* am 07.05.2020. Text abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/die-wehrmacht-und-der-holocaust-auf-freiem-feld/a-53354087> (Zugriff am 20.03.2023).

Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss – Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Lüdinghausen: Manuscriptum Verlag.

IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Text abrufbar unter: <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus> (Zugriff am 20.03.2023).

Jansen, Frank / Fröhlich, Alexander (2021): Weiter Kritik an CDU-Bundestagskandidaten. In: *Tagesspiegel.de* am 04.06.2021. Text abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/verfassungsschutzchef-kramer-vergleicht-maassen-mit-afd-mann-hocke-5109397.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Kopietz, Andreas (2022): Al-Quds-Tag: Polizei verbietet Demo. In: *Berliner Zeitung.de* am 28.04.2022. Text abrufbar unter: <https://www.berliner-zeitung.de/news/breaking-news-al-quds-tag-berliner-polizei-verbietet-hass-demo-gegen-juden-li.224901> (Zugriff am 20.03.2023).

Kraske, Michael (2021a): Was Sachsens NS-Geschichte für ganz Deutschland bedeutet. In: *t-online.de* am 13.06.2021. Text abrufbar unter: https://www.t-online.de/nachrichten/wissen/geschichte/id_90151176/zweiter-weltkrieg-was-sachsens-ns-geschichte-fuer-ganz-deutschland-bedeutet.html (Zugriff am 20.03.2023).

Kraske, Michael (2021b): Tatworte – Denn AfD & Co. meinen, was sie sagen. Berlin: Ullstein Verlag.

Leggewie, Claus (2021): Micha Brumlik „Postkolonialer Antisemitismus“: Der schmale Grat zwischen Kritik und Dämonisierung. In: *Frankfurter Rundschau* am 18.10.2021. Text abrufbar unter: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/micha-brumlik-postkolonialer-antisemitismus-der-schmale-grat-zwischen-kritik-und-daemonisierung-91059526.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Maaßen, Hans-Georg / Eisleben, Johannes (2021): Aufstieg und Fall des Postnationalismus. In: *Cato – Magazin für neue Sachlichkeit*, Nr. 1. Text abrufbar unter: <https://cato-magazin.de/aufstieg-und-fall-des-postnationalismus/> (Zugriff am 20.03.2023).

Mbembe, Achille (2015): On Palestine. In: Soske, Jon / Jacobs, Sean (Hrsg.): Apartheid Israel – The Politics of an Analogy. Chicago: Haymarket Books, S. VII–VIII.

Mbembe, Achille (2017): Politik der Feindschaft. Berlin: Suhrkamp.

Mendel, Meron / Uhlilg, Tom David (2017): Challenging Postcolonial: Antisemitismuskritische Perspektiven auf postkoloniale Theorie. In: Mendel, Meron / Messerschmidt, Astrid (Hrsg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 249–268.

Mendel, Meron (2022a): „Verletzte Gefühle sind nicht der Maßstab“. Meron Mendel zur Documenta. Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* am 10.07.2022. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-meron-mendel-antisemitismus-kunst-1.5618433?reduced=true> (Zugriff am 20.03.2023).

Mendel, Meron (2022b): Verschwörungsmymen und der Antisemitismus. In: Mendel, Meron / Cheema, Sabanur / Arnold, Sina (Hrsg.): Frenemies – Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker:innen. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 110–115.

Messerschmidt, Astrid (2009): Rassismusanalyse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft. In: Melter, Claus / Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik – Rassismustheorie und Forschung. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag, S. 59–74.

Moses, Dirk (2021): Der Katechismus der Deutschen. Text abrufbar unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/> (Zugriff am 22.03.2023).

Neiman, Susan (2022): Wie die beiden Historikerstreite zusammenhängen. In: Neiman, Susan / Wildt, Michael (Hrsg.): Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – Die Debatte. Berlin: Propyläen, S. 7–18.

Papendick, Michael / Rees, Jonas / Scholz, Maren / Zick, Andreas (2022): MEMO. Multidimensionaler Erinnerungsmotor. Studie V. Text abrufbar unter: https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_f%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/MEMO_5_2022/evz_brosch_memo_2022_de_final.pdf (Zugriff am 20.03.2023).

Peaceman, Hannah (2021): Jüdische Vielfalt in Deutschland. Alternative und emanzipatorische Räume. Text abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/juedischesleben/328962/juedische-vielfalt-in-deutschland-alternative-und-emanzipatorische-raeume/> (Zugriff am 20.03.2023).

Rensmann, Lars (2021): Israelbezogener Antisemitismus – Formen, Geschichte, empirische Befunde. Text abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus/> (Zugriff am 20.03.2023).

RIAS Bund (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) (2022): Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021, Berlin. Text abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2021.pdf (Zugriff am 20.03.2023).

RIAS Berlin (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin) (2022): Antisemitische Vorfälle in Berlin 2021. Text abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische-Vorfaelle-2021-Jahresbericht_RIAS-Berlin.pdf (Zugriff am 20.03.2023).

RND (Redaktionsnetzwerk Deutschland) (2020): Antisemitismus-Vorwürfe: WDR verteidigt Kabarettistin. In: *rnd.de* am 06.05.2020. Text abrufbar unter: <https://www.rnd.de/medien/antisemitismus-vorwurfe-wdr-verteidigt-kabarettistin-lisa-eckhart-Q5MUHWI4VBONNDEZFVRBEHSUWQ.html> (Zugriff am 20.03.2020).

RND (Redaktionsnetzwerk Deutschland) (2022): „Schlimmer als der Holocaust“ – Neue Ermittlungen gegen Ärztin und Corona-Leugnerin. In: *rnd.de* am 18.02.2022. Text abrufbar unter: <https://www.rnd.de/panorama/duderstadt-neue-ermittlungen-gegen-aerztin-und-corona-leugnerin-carola-javid-kistel-TGW6OPCD55THTCFSPX7YU2NXAE.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Ruangrupa (2022): We are angry, we are sad, we are tired, we are united. Text abrufbar unter: <https://werefuseweareangry.wordpress.com/> (Zugriff am 20.03.2023).

Salzborn, Samuel (2019): *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schneider, Richard C. (2018): Nationalstaatsgesetz – Ein Israel nur für Juden? In: *Zeit Online* am 19.07.2018. Text abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/nationalstaatsgesetz-israel-benjamin-netanjahu-parlament-entscheidung> (Zugriff am 20.03.2023).

Schormann, Sabine (2022): documenta fifteen – Interview mit Sabine Schormann. Interview in *Faktor Magazin*. Text abrufbar unter: <https://www.faktor-magazin.de/documenta-fifteen-interview-mit-sabine-schormann/> (Zugriff am 06.03.2023).

Schuler, Julia / Kiess, Johannes / Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2020): *Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler:innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf*. Leipzig: Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung. Text abrufbar unter: <https://home.uni-leipzig.de/decker/wahlpraferenz.pdf> (Zugriff am 20.03.2023).

Spiegel (2002): Müllemann-Affäre – Die Zitate, die die Republik bewegen. In: *Der Spiegel* am 05.06.2002. Text abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/moellemann-afaere-die-zitate-die-die-republik-bewegen-a-199445.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Stadt Kassel (Hrsg.) (2022): *Die Documenta schützen!* Text abrufbar unter: <https://www.kassel.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/documenta/kunstwerk-auf-dem-friedrichsplatz-wird-abgebaut.php> (Zugriff am 20.03.2023).

Steinke, Ronen (2022): *Antisemitismus in der Sprache – Warum es auf die Wortwahl ankommt*. Berlin: Dudenverlag.

Steinke, Ronen (2023): Warum der Ausruf „Judenpresse, Judenpack“ straffrei bleibt. In: *Süddeutsche.de* am 23.02.2023. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/antisemitismus-justiz-neonazis-volksverhetzung-staatsanwaltschaft-braunschweig-1.5757064?print=true> (Zugriff am 20.03.2023).

Steinmeier, Frank-Walter (2022): Eröffnung der documenta am 18.06.2022. Text abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/06/220618-documenta.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Tagesschau (2022): Schüsse auf Alte Synagoge in Essen. In: *Tagesschau.de* am 18.11.2022. Text abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/schuesse-synagoge-essen-101.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Taring Padi (2022a): Statement von Taring Padi zum Abbau des Banners „People’s Justice“ am 24.06.2022. Text abrufbar unter: <https://documenta-fifteen.de/news/statement-von-taring-padi-zum-abbau-des-banners-peoples-justice/> (Zugriff am 20.03.2023).

Taring Padi (2022b): Künstlerkollektiv Taring Padi: „Ein Fehler bleibt ein Fehler“. Text abrufbar unter: <https://www.br.de/nachrichten/kultur/kunstkollektiv-taring-padi-ein-fehler-bleibt-ein-fehler,TAoGPIG> (Zugriff am 24.03.2023).

Volkov, Shulamit (2000): Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays. München: C.H. Beck.

Wagner, Jens-Christian (2023): Für eine demokratische Partei nicht tragbar. In: *Jüdische-Allgemeine.de* am 17.01.2023. Text abrufbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/fuer-eine-demokratische-partei-nicht-tragbar/> (Zugriff am 20.03.2023).

Zeit Online (2020): AfD spricht von Corona-Diktatur. Text abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/corona-beschluesse-angela-merkel-alexander-gauland-kritik-opposition> (Zugriff am 20.03.2023).

Zick, Andreas / Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.

Hinweis zum Autor

Michael Kraske ist freier Journalist und Buchautor in Leipzig. Er studierte Politikwissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte und Journalistik an der Universität Leipzig und ist Absolvent der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg. Seine publizistische Arbeit wurde bereits mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Spezialpreis des Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus für das politische Sachbuch „Der Riss – Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört“ (Ullstein). Themenschwerpunkte seiner Arbeit sind Gefahren für die Demokratie, Rechtsextremismus und die (ost)deutsche Gesellschaft. Seine Reportagen und Essays schreibt er regelmäßig u. a. für *Spiegel Online*, *Stern* und *Die Zeit*. Zuletzt erschienen von dem Autor ebenfalls bei Ullstein das Buch „Tatworte – Denn AfD & Co. meinen, was sie sagen“ sowie als Mitherausgeber der Sammelband „Demokratie braucht Rückgrat – Wie wir unsere offene Gesellschaft verteidigen“.

- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien (Siri Hummel, Laura Pfirter)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben (Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs (Lutz Mücke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise (Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD (Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen (Arne Semsrott, Matthias Jakobowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook (Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten (Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen (Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (Lutz Mücke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung (Hendrik Theine, Andrea Grisold)
- Nr. 42 Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel (Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)
- Nr. 41 Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 40 Armutszeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 110***
Henning Eichler
Journalismus in sozialen Netzwerken
ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109***
Barbara Witte, Gerhard Syben
Erosion von Öffentlichkeit
Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108***
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto
Framing in der Wirtschaftsberichterstattung
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104***
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
Tim Engartner
Wie DAX-Unternehmen Schule machen
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 58

Antisemitismus

Alte Gefahr mit neuen Gesichtern